

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 8,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Eingeeicht in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1893 unter Nr. 4700.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Ernst L. Br. 4186.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 27. April 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Wie man Staatsstreiche fabriziert.

Im Reiche des weiland Faschingskönigs Milan hat's wieder einmal, wie unsere Leser wissen, so ein bißchen Staatsstreich gegeben. Alexander der Kleine hat bewiesen, daß er mit seinen vollen sechzehn Jahren es schon so gut wie sein Vater versteht, nach der Pfeife des Jaren zu tanzen. Er hat das Regierungsmenue mit einer anmuthigen Staatsstreichtour angetreten. Ob ihm dieser Anfang eine lange Dauer des Tanzes verbürgt — wer weiß es? Jarengunst ist wandelbar. Ein anderer Alexander auf der Balkanhalbinsel hat das zu seinem bitteren Leid erfahren. Und deshalb kommt gerade jetzt die Aufdeckung der bulgarischen Geheimgeschichte, die uns das in Sofia veröffentlichte Alttenbündel gebracht hat, sehr gelegen. So, wie es 1881 in Sofia berging, wird die Komödie auch 1893 in Belgrad gespielt, sie wird vielleicht noch öfter gespielt werden, so lange sich gekrönte Narren finden, die eine Ehre darin suchen, dem russischen Freunde die Kasanien aus dem Feuer zu holen.

Die Rolle, welche gegenwärtig in Belgrad Herrn Persiani zugefallen ist, spielte vor zwölf Jahren in Sofia Herr Hitrowo, der diplomatische Agent des Jaren in Bulgarien. Nach dem Plane der Petersburger Regierung sollte Bulgarien nichts weiter sein, als eine russische Satrapie. Sobald im bulgarischen Volke sich Regungen der Selbstständigkeit zeigten, erhielten die Jarendiener in Bulgarien den Befehl, schleunigst einen Staatsstreich zu arrangieren, welcher unter Beseitigung der Verfassung dem damals noch zu jedem Dienst bereiten Fürsten Alexander die Alleinherrschaft, vorläufig auf sieben Jahre in die Hände spielen sollte. Zu dem Zwecke war zunächst eine Kundreise des Fürsten und seines russischen Erziehers geplant, durch welche dem Volke die nöthige Monarchenbegeisterung eingetrichtert werden sollte. Das Alttenbündel eröffnet nun würdig mit einem Rundschreiben besagten Herrn Hitrowo's an die russischen Agenten, in dem es heißt:

Auf Allerhöchsten Befehl (d. h. des Jaren) unternehme ich gemeinsam mit dem Fürsten eine Reise durch Bulgarien, um der Bevölkerung den Willen Sr. Majestät kund zu thun. Wollen Sie gütlich veranlassen, daß unser Empfang möglichst feierlich geschieht. Bieten Sie alle Mähe und die nöthigen Mittel auf . . .

So wird „Begeisterung“ gemacht — und nicht nur in Bulgarien. Doch mit der Begeisterung allein ist's nicht gethan. Die Befestigung der siebenjährigen Diktatur soll durch die große Sobranje, die eigens zu diesem Zwecke zu wählende Nationalversammlung, erfolgen. Also müssen noch günstige Wahlen „gemacht“ werden. Der Kriegsminister, der russische General Ehrenrot, der militärische Aufpasser des Fürsten, empfiehlt kurzweg Verhaftung aller unbequemen Politiker. Hitrowo erläutert das in einem Rundschreiben mit den Worten: „Indem so rechtzeitig die

einflußreichsten Personen von der Theilnahme an den Wahlen ferngehalten werden, glaubt General E., daß die große Sobranje sich ausschließlich aus unseren Anhängern zusammensetzen wird.“ Gleichzeitig meldet Hitrowo nach Petersburg, es herrsche überall in Bulgarien helle Begeisterung für den Jaren und seine Regierung.

Darauf macht Herr Melnikow, der Direktor des „Asiatischen Departements“ (wo die Fäden der russischen Orientpolitik zusammenlaufen), den ganz berechtigten Einwand: Wenn alle Bulgaren begeistert sind für Rußland, wozu brauchen wir dann einen Staatsstreich? Nunmehr werden Ehrenrot und Hitrowo die Köpfe zusammen und heben den genialen Plan aus, durch Drangsalirungen künstlich eine antirussische Opposition zu schaffen. Hitrowo erläutert das in einem Privatschreiben an den Konsul in Rußischul folgendermaßen:

Seinerzeit hat Herr Ehrenrot an die außerordentlichen fürstlichen Kommissare Rundschreiben erlassen wegen Haus-suchungen bei den einflußreichen Personen, die zu der sogenannten liberalen Partei gehören, und wegen der Verhaftung derselben nach Ermessen der Kommissare. Nachdem dies ausgeführt sein wird, werde ich mich auf Ihre Meldungen und die der Kommissare über die Verhaftungen und deren Folgen berufen. Auf diese Weise denke ich privatim Herrn Melnikow zu beweisen, daß die Bevölkerung mit uns ist, daß aber eine Kluge besteht, die von dem Geiste der Geschlossenheit und des Unsturzes ergriffen, im Lande Unruhen herbeizubringen bemüht ist, und daß es also nöthig war, diese Leute zu verhaften.“

Güßlich das, nicht wahr? Man sieht bei dieser Gelegenheit wieder, daß die ausführenden Organe der Jarenpolitik, um ihre eigene Wichtigkeit zu erhöhen und für ihre Intriguen freien Spielraum zu erhalten, Komödie mit ihren Vorgesetzten in Petersburg spielen. Aber in Petersburg selbst ist man keineswegs einig unter den politischen Drahtziehern. Die Diplomaten sind für, die Generale gegen einen Staatsstreich in Bulgarien, wie das aus einem Briefe Melnikow's an den Konsul in Rußischul hervorgeht. Die Diplomaten behalten die Oberhand, weil sie ihre Position durch die Behauptung stärken, es gelte, „in Bulgarien ein junges Geschlecht in monarchischen Gesinnungen und in der Achtung für die rechtgläubige Kirche zu erziehen“, welches löbliche Vorhaben zweifellos vollen Beifall bei dem Jöglinge des Herrn Pobedonostzeff gefunden haben wird. Im übrigen ist es dem Herrn Melnikow doch unangenehm, daß die russischen Kommissare über Mitglieder der Opposition „körperliche Strafen“ verhängt haben. Er bittet, das zu unterlassen.

In der Fürsorge für eine „gute“ Wahl beschließen nunmehr Ehrenrot und Genossen, das Abstimmungsverfahren dergestalt zu ändern, daß man glauben sollte, sie wären bei westfälischen Großindustriellen oder ostelbischen Junkern in die Wahlschule gegangen. Zunächst soll nach Beschluß des Ministeraths das Wahlbureau nur aus zuverlässigen Regierungsbeamten gebildet werden. Vor dem Gemeindefeinde sind mehrere Wahlurnen aufzustellen,

von denen einige die Namen der Regierungskandidaten tragen. In dem vertraulichen Regierungs-Rundschreiben heißt es:

Der Kommissar übergibt den Wählern die Zettel mit den Namen der Kandidaten und setzt ihnen auseinander, welche für und welche gegen den Fürsten sind. Will der Wähler sich offen gegen seinen Fürsten erklären, so steht es ihm frei, nach seinem Ermessen zu wählen, was aber schließlich die bekannten Folgen hat. Nach Meinung des Generals E. ist dieser Wahlmodus nicht sehr geschmacklich, aber ausgezeichnet zur Erreichung des gewünschten Zweckes.“

Diese Korrektur des allgemeinen Wahlrechts erschien denn doch selbst dem vielgewandten Herrn Hitrowo ein zu starkes Mittel. Er fragt an, was die russischen Konsuln darüber denken und erhält von dem ihm zustimmenden Konsul von Rußischul die Antwort, daß das Mittel überdem überflüssig sei, da die Opposition sich entschlossen habe, an den Wahlen überhaupt nicht theilzunehmen. Die gänzliche Zurückhaltung der eingeschüchterten Opposition erleichterte den Staatsstreichtreibern und ihren russischen Hintermännern das Spiel. Aber schon beginnen diese letzteren den Fürsten selbst zu beargwöhnen. Herr Hitrowo findet es auffällig, daß die Vertreter der anderen Mächte dem russischen Treiben ruhig zuschauen und kommt auf den Gedanken, daß am Ende der Wattenberger sich gleichzeitig auch im Geheimen des Einverständnisses mit den anderen Mächten versichert habe. „Ich halte ihn“, ruft er in einem Privatbriefe an den Rußischuler Konsul aus, „zu allem Bösen für fähig“ — welcher Ausspruch sittlicher Entrüstung einem Agenten der Jarenpolitik zweifellos gut zu Gesicht steht.

Die Wahlen finden statt. Kein Nißton trübt den Freudentag der russischen Diplomatie. Die obrigkeitlich vorgeschlagenen Kandidaten werden überall gewählt, und am 13. Juli votirt die Sobranje einstimmig dem Fürsten die im Auftrage der russischen Regierung für ihn verlangten Diktatur-Vollmachten, um sich dann sofort aufzulösen.

In der nächsten Zeit erwidert nun den russischen Agenten in Bulgarien eine andere Wählerarbeit. Sie müssen heimlich Söldlinge anwerben, ausrüsten und nach Bosnien expediren, um den Oesterreichern Schwierigkeiten zu bereiten.

Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß Fürst Alexander sich doch nicht völlig zum blinden Werkzeuge der russischen Regierung brauchen läßt. Nicht nur Herr Hitrowo, auch maßgebendere Persönlichkeiten fangen an, ihn für „fähig zu allem Bösen“ zu halten. Flugs ergeht an die öffentlichen und geheimen Agenten in Bulgarien der Auftrag, gegen den Fürsten zu wählen. Der Direktor des asiatischen Departements erklärt im September 1892 in einem Briefe an den Konsulatsverweser in Rußischul: „Wir müssen nach Möglichkeit das Vertrauen zum Fürsten im Volke erschüttern“, — und bittet, „in den Gesprächen mit den Führern der liberalen Partei so viel wie möglich die Handlungen der Fürsten zu tadeln und ihm die Verantwortlichkeit für den Staatsstreich zuzuschreiben.

nicht aufzuwecken, geräuschlos im Zimmer auf und ab zu schreiten.

Der Gedanke hatte in seinem Geiste bestimmte Formen angenommen. Der Kampf mit niedrigen Werkzeugen der Autokratie hatte sich überlebt. Gegen den Jaren selbst mußte ein Attentat gemacht werden, und er war der Mann dazu.

„Und Tanja!“ rief eine innere, ihn aufs tiefste quälende Stimme.

Was waren aber angesichts der unermesslichen, unaussprechlichen Leiden ihres Landes von einem Ende zum andern individuelle Schmerzen? Es war sogar niedrig, diese gegen einander abzuwägen. Tanja war ebenso sehr sein Genosse, sein Mitarbeiter im Kampfe, als sein Weib. Sie würde seinen Entschluß billigen und muthig ihren Antheil an der Qual tragen, wenn es sich um eine That zur Befreiung ihres Landes handelte.

Nicht dies machte ihn unschlüssig; wenn es geschehen sollte, würden ihn persönliche Gefühle nicht zurückhalten. Die Frage war nur, ob es geschehen sollte oder nicht.

Andrej wußte, daß sein Entschluß nicht der endgiltige war; die vollständige Entscheidung lag der Parteileitung ob, welche sicherlich nach reiflicher Ueberlegung ihren Entschluß fassen würde. Es giebt aber Fälle, in denen das Anerbieten zur That die halbe That selbst ist, und wiederum die halbe That ebenso groß wie die ganze erscheint. Die Tragweite des Ausganges war dergestalt, daß selbst der tollkühnste und rücksichtsloseste Mensch vorsichtig zu Werke gehen mußte. Und Andrej war weder rücksichtslos noch tollkühn.

In seinem jetzigen Gemüthszustande war ihm nichts leichter, als die Frage bejahend zu beantworten. Das Nißlingen aller seiner Pläne, der Geist der Nacht, die tiefen und

Er hatte eine dunkle Empfindung, daß bis morgen alles klar und bestimmt sein werde. Dies verlieh ihm eine gewisse Ruhe und half ihm die ihn bestürmenden Gedanken ver-scheuchen.

Er schlief wie ein Klotz, doch machte er früher auf als Gregor. Sofort als er zum klaren Bewußtsein gekommen war, entfiel er sich, daß er eine dringende Angelegenheit, die er gestern nicht ganz ausgeführt hatte, zum Abschluß bringen müsse. Er erinnerte sich sofort, woran er gedacht, bevor er zu Bette ging, an den Besuch im Gefängnisse, an alle Vorfälle des gestrigen Tages, an alle traurigen Erfahrungen der letzten Woche.

Welche Unmasse von Opfern! Sina tobt, Boris, Waf-silij, Botscharow ebenfalls tobt. Die beiden Duborows und so viele, viele andere lebendig begraben und so gut wie tobt. Er selbst würde eines Tages verhaftet werden, denn er konnte nicht hoffen, immer den Fingern des Feindes zu entschlüpfen, wie es bis jetzt geschehen war. Auch er würde hingerichtet werden, und wer würde denn eigentlich von all' diesen Opfern Nutzen ziehen?

Die von der Hinrichtung heimkehrende Menge zog vor seinem Geiste vorüber und jagte ein Frösteln durch seinen ganzen Körper. Er schüttelte es jedoch ab.

Rein, dies war nicht das Resultat seiner Erfahrungen und Erwägungen. Diese Leute waren nicht vergebens in den Tod gegangen. Sie waren die Vorläufer, welche umkamen, als sie den Hauptfeind aus dem Lager aufjagten. Sache der Ueberlebenden war es, ihn zu packen.

Seit der Erzählung des „Unfels“ hatte ein Gedanke über ihm geschwebt, wie ein Habicht Kreise zieht über seiner Beute. Jetzt schoß er auf ihn herab und trieb ihn an zu unmittelbarer Entscheidung.

Halb angekleidet und barfuß begann er, um Gregor

### Feuilleton.

abdruck verboten.)

(73)

### Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisierte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

„Nein, er hat Dich ganz in der Nähe gesehen und Dich einmal gesprochen. Er war einer unserer Fünzig. Erinnerst Du Dich von Deinen Versammlungen her eines dunkelhaarigen, jungen Arbeiters, der keinen Revolver wollte, sondern mit der Art im Gürtel, die viel handlicher wäre und denselben Dienst verrichten würde, zum Gefecht kommen wollte. Das war Philipp Schigajew.“

„Ja, ich erinnere mich seiner sehr gut. Ich hatte nur seinen Namen vergessen.“

„Wir haben aber keine Zeit zum Schwätzen“, sagte Andrej rasch. „Es ist besser, wir gehen zu Bett; wir dürfen nicht vergessen, daß wir morgen früh aufstehen müssen.“

Er fürchtete, daß das Gespräch, wenn es fortgesetzt würde, die schmerzlichen Dinge berühren könnte, auf welche er nicht zurückkommen wollte. Er verlangte jetzt nach etwas Ruhe, moralisch wie physisch, und er wußte, daß er diese nicht fände, sobald diese schauerlichen Erinnerungen in ihm wachgerufen würden.

„Bis morgen“, sagte er zu sich in Gedanken, und mit dem festen Entschlusse zu schlafen, schloß er die Augen.



Im Geheimen theilen sie denselben mit, daß die kaiserliche Regierung alle Maßregeln zur Wiederherstellung der Verfassung in Bulgarien ergreift.

Die Jarenregierung, der brutale Despotismus der Gegenwart, der soeben erst die bulgarische Verfassung zerstört hat, jetzt im Geheimen angegriffen als Reiter dieser Verfassung, — das ging denn doch den bisher so leichtgläubigen bulgarischen Politikern aller Parteien über den Spieß. Während die russischen Agenten ihre Wählerarbeit fortsetzen und im Glauben an die Unwiderstehlichkeit ihrer Künste die Thronentsetzung des Fürsten Alexander und die Umwandlung Bulgariens in einen halbrussischen Staat nach dem Muster Finnlands betreiben („Se. Majestät wird geruhen, den Titel Großfürst von Bulgarien anzunehmen“) vollzieht sich eine Ausöhnung der verschiedenen bulgarischen Parteien mit dem Fürsten, die am 21. August 88 zu einem formellen Uebereinkommen gegen die russischen Generale und am 18. September zur Wiederherstellung der Verfassung führt.

Erbittert darüber, daß alle ihre Intrigen schließlich gerade das Gegentheil des gewollten Zieles herbeiführt, nämlich die überwiegende Mehrzahl der Bulgaren zum entschlossenen Widerstande gegen Rußland geneigt haben, verbeissen sich die Jarenbiener jetzt in den Gedanken, auf alle Fälle den Fürsten Alexander zu beseitigen. Dann glauben sie gewonnenes Spiel zu haben. Daß in der Volksstimmung ihrem Treiben ein weit gefährlicherer Widerstand erwachsen ist, als in der Laune eines manelmitigen Prinzen, leuchtet ihrer Diplomaten-Intelligenz natürlich nicht ein. Fortwährend wird hin- und hergeschrieen über die besten Mittel, den einstmalig so gefügigen Battenberger zu beseitigen. Zwischen durch wird etwas gegen Rumänien geheut, dem man unter dem Vorwande einer Grenzstreitigkeit durch die Bulgaren im Wunde mit heimlich eingeschmuggelten russischen Soldaten die Dobrußtscha abzunehmen gedenkt. Die Bulgaren ihrerseits sind klug genug, einem Zerwürfniß mit Rumänien aus dem Wege zu gehen, planen jedoch ihrerseits die Vereinigung mit Ostrumelien, welche Rußland erst gestatten will, nachdem der Battenberger beseitigt sei. Und wiederum erleidet die russische Diplomatie eine Schlappe. Am 18. September 1885 erfolgte auf Grund der Revolution in Philippopel die Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien. Wittern Hornes voll beruht die zarische Regierung alle russischen Offiziere und Instrukteure aus der bulgarischen Armee ab, in der ausgesprochenen Hoffnung, diese in dem mit Serbien drohenden Kriege kampfunfähig zu machen. König Milan denkt denn auch diese günstige Situation auszunutzen, wurde aber, wie bekannt, mit seinen Serben blutig heimgeschickt, als er „zur Wiederherstellung des Gleichgewichts auf der Balkanhalbinsel“ einen Raubzug gegen die „Slavenbrüder“ im Osten unternahm.

Unablässig wühlen indeß in Bulgarien die russischen Spitzel gegen den Battenberger. Der rollende Kubel bewirkt auch schließlich die Bildung von Verschworenengruppen. Eine Militärrevolte wird in Aussicht genommen. „Auf Befehl des Direktors der Staatspolizei ist der Staatsrath Mitschensko nach Bulgarien kommandirt, um geheime Agenturen einzurichten und unter Mithilfe der liberalen Partei die Verschwörung zur Entfernung des Prinzen Battenberger zu organisiren.“ (Aftenst. Nr. 94, vom 28. Juli [9. August] 1886.) Zunächst haben diese Wühlereien denn auch den gewünschten Erfolg. Durch die Militärrevolte vom 21. August 1886 wird der Battenberger gefangen genommen und schleunigst nach Rußland geschafft. Aber das Blatt wendet sich sofort; das Land erhebt sich gegen die Handlanger des Jaren und erzwingt die Rückkehr des Fürsten, der indeß der Lage sich nicht gewachsen zeigt. Anstatt sich nur auf das bulgarische Volk zu stützen, macht er kleinmüthig die Wiederübernahme der Regierung von der Zustimmung des Jaren abhängig, und der Jar bestätigt seine Mitschuld an der Sofianer Militärrevolte, indem er diese Zustimmung verweigert. Damit verschwindet der bulgarische Alexander, der einstmalige dienstbeflissene Staatsstreicher, vom Schauplatz.

Ob der serbische Alexander die intimere Geschichte seines Namensvetters kennt? Da er bei seiner selbstbestalteten Volkshierarchie wohl die übliche, für die unreifere Jugend berechnete Lektüre verschmäht, wäre ihm dringend als Ersatz dafür das aufmerksame Studium der „Geheimen Dokumente zur russischen Orientpolitik“ anzurathen.

sich drängenden Gemüthsbewegungen der letzten Tage, all' dies war für eine Zeit lang zum Schweigen gebracht, jedoch nicht erdtödtet. Großend lag es da in der Tiefe seines Herzens, bereit jeden Augenblick an die Oberfläche hervorzubrechen. Doch wollte er diesen leidenschaftlichen Trieben nicht nachgeben. Er wollte die Sache ohne Rücksicht auf seine persönlichen Empfindungen erwägen.

Die moralische Berechtigung der That war für ihn über jede Frage erhaben. Würde sie aber angebracht sein? Würde sie der Freiheit ihres Landes nützen? Mit innerem Beben wie ein Mensch, der über ein schwankendes Weert geht und suchtet, jeden Augenblick einen Fehltritt zu thun, erörterte er die Frage wieder und wieder, so eifrig und leidenschaftlos, als er konnte.

Die Antwort aber, auf die er immer zurückkam, lautete — Ja, ja und wieder ja! Der Anschlag wäre ein zeitgemäßer und nützlicher. Es würde den Petersburger Geossen nur anheimgestellt sein, die Gründe und Ursachen darzulegen. Er selbst war entschlossen, sein Anerkennen zu machen.

Dann kam die persönliche Frage. — Warum sollte von allen Mitverschworenen gerade ihm die That der Vergeltung und Aufopferung zufallen?

Diese Frage war er nicht mehr im Stande leidenschaftslos wie eine geometrische Aufgabe zu lösen.

Jenes Etwas, welches in der Tiefe seiner Seele brauste und siedete, stieg jetzt empor und wartete nicht auf seinen Entschluß. Es durchfluthete sein ganzes Ich mit Feuer. Es machte kurzen Prozeß mit seiner Unschlüssigkeit, seiner Anhänglichkeit, seinem Mitleid, wie der Lavaström Mauern, Häuser, lachende Gesichter — alles, was sich ihm in den Weg stellt, zu Asche niederbrennt.

In der Mitte des Zimmers blieb er plötzlich stehen. Sein Antlitz und seine Augen glühten — düster, drohend, doch erhaben — als er seine Hände mit derselben Bewegung, wie er es am Tage von Sina's Hinrichtung gethan, emporstreckte.

Der Entschluß war gefaßt und unwiderruflich. Jetzt konnte er besprochen werden.

Er wachte Gregor auf und erzählte ihm, was er jetzt zu thun gedente. Gregor nahm diese Nachricht mit keiner

## Politische Ueberflucht.

Berlin, den 26. April.

Aus dem Reichstage. Der Bericht der Militärkommission ist dem Hause zugegangen. —

Die Militärvorlage. In der konservativen Korrespondenz wälzt irgend ein furchtbarer Welschmied Blech wie folgt: „Wäre die deutsche Sozialdemokratie wirklich eine Arbeiter- und nicht eine — wie der Deutschfreisinn — lediglich Nachtgeflüster nachgebende politische Partei, so müßte sie im Interesse ihrer Klienten für die Militärvorlage stimmen.“ Sim bam, sim bam!

Die bereits angekündigte deutschfreisinnige Interpellation lautet: „Im Verleth des VII. preussischen Armeekorps soll nach öffentlichen Blättern bei den Frühjahrs-Kontrollversammlungen ein Korpsbefehl verlesen worden sein, welcher mehrerlei zu dem Mißverständnis Veranlassung gegeben hat, als ob die Personen des Verurlaubtenstandes in Beurlaubtenverhältniß in bezug auf ihre staatsbürgerlichen Rechte irgend welchen besondern Beschränkungen bei der öffentlichen Förderung allgemeiner Fragen der Militär-gesetzgebung unterworfen wären. Ich erlaube mir daher, den Herrn Reichskanzler zu fragen, ob derselbe geneigt ist, durch Mittheilung des wirklichen Sachverhalts der weiteren Verbreitung solcher Mißverständnisse entgegenzutreten.“

Der Stöcker'sche Reichsbote schreibt: „Die Auflösung wird deshalb nichts nützen, weil keine Partei in der Bahlagitation von Herzen für die Vorlage eintreten kann und es also gar nicht möglich ist, eine Majorität für dieselbe zu gewinnen. . . . Deshalb wäre nach unserer Meinung die richtige Haltung der Regierung die, daß sie jetzt nicht auflöst, die Vorlage mit jener Erklärung zurückzieht — sie würde sich dabei nicht das Geringste vergeben — und dem Reichstage dann eine Vorlage auf dem Boden der jetzigen Armeeverfassung machte und dann, wenn der Reichstag auch diese ablehnt, zur Auflösung schritt.“ Den Rudern und Junlern bangt vor der Abrechnung der Wahlen. —

Bismarck behandelt in seinem Leiborgan, den „Hamburger Nachrichten“, die „Militärvorlage und die Sozialdemokratie.“ Er ist der Ansicht, daß die Durchführung der Vorlage für den bereits jetzt im Heere auftretenden „sozialistischen Bazillus“ den „Nährboden erheblich verbessern“ würde, einestheils weil sich in diesem Falle die Befestigung auf einer breiteren Basis vollziehen würde als bisher, andertheils weil die Verkürzung der Dienstzeit der Konsolidierung des soldatischen Geistes Abbruch thun würde, dessen Heranbildung zu den wichtigsten Aufgaben der militärischen Erziehung gehört. Man solle sich durch das Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber der Vorlage nicht beirren lassen. Die reservatio mentalis (d. h. der stillschweigende Vorbehalt, daß unsere Kundgebungen nicht unserer wirklichen Ansicht entsprechen), mit der dies Verhalten verbunden sei, lasse sich leicht erwasen. Da keine Partei der Vorlage wie dem Militarismus solch entschiedenem und grundsätzlichen Widerstand entgegensetzt wie wir, so wird kein Unbefangener sich durch diese Bismarck'schen Schamklöße beirren lassen. Der „sozialistische Bazillus“ wächst und verbreitet sich, ob nun die Vorlage fällt oder angenommen wird. Tritt das Letztere ein, dann dürfte das Wachsthum allerdings beschleunigt werden. —

Nach der Tabakdose für den widerhaarigen Ledochowsky der schwarze Adlerorden für den Staatssekretär des Papstes, den Kardinal Ramolla, ein wahres Füllhorn fürstlicher Gaben geht auf die Vertreter päpstlicher Interessen nieder. Inzwischen feilscht der von Huene mit dem Reichskanzler um das Kompromiß, und das Uebrige findet sich. — Die „Kölnische Volks-Zeitung“ ergänzt den Wortlaut der Rede Wilhelm II. an Ledochowsky wie folgt: „Gnaden werden gebeten, die Vergangenheit zu vergessen: als die traurigen Ereignisse vorlaken, wußte ich nichts davon.“ Als in der wüsten Kulturkampf-Dehe, Ledochowsky, der mannhast für seine Ueberzeugung eintrat, in den Kerker geworfen wurde, war Wilhelm II. ein fünfzehnjähriger Knabe. Es ist also anzunehmen, daß er damals nichts von diesen Vorgängen gewußt hat; jedenfalls hätte er sie nicht zu verhindern vermocht. Ist die Lesart der „Kölnischen Volks-Zeitung“ richtig, so wäre die kaiserliche Anrede noch viel schmeichelhafter für den alten Vorkämpfer der katholischen Kirche und des Polenthums, als der ursprünglich gemeldete Text. —

„Wer ist der Polizeispitzel?“ Unsere letzte Mittheilung in Sachen des Dr. Schumann alias Hunns scheint der bürgerlichen Presse aller Parteien sehr wider den Strich zu gehen. Sie schweigt sich darüber

besonderen Begeisterung auf. Sie schien ihn eher zu betriben als zu erheben — mehr um Tanja's als um Andrej's willen, obgleich er sich hätte, die Frage von diesem jarten Gesichtspunkte aus zu behandeln.

Aber an und für sich billigte er Andrej's Beweisgründe, und weiter verlangte Andrej einstweilen nichts.

Sie wackten Watajko, der in einem anderen Zimmer schlief und trafen ihre Reisevorbereitungen. Sie hielten es für gerathen, die Stadt nicht vor acht, wann die Bauern vom Markte heimgen, zu verlassen.

In den ihnen von den Brüdern Schigajew gesandten Reisefäcken fanden sie einen Vorrath an Brot und Salz, ein Maß, einige leichte Handwerkzeuge und zwei gute kurzstielige Werge. Philipp sandte ihnen hiermit seine Lieblingswaffen. Andrej und Gregor steckten sie in ihre Gürtel. Die Werge vervollständigten ihre Verkleidung und konnten im Nothfalle vorthelhaft zur Selbstvertheidigung benutzt werden. Der einzige Theil ihres Kostümes, der nicht mit ihrem angenehmen Stande harmonierte, waren die Stiefel. Watajko hatte ein Paar hohe Jagdstiefel, die Gregor tragen konnte.

Andrej mußte aber mit seinen Herrenstiefeln gehen, die nicht ganz zu seinem Anzuge paßten. Dies war jedoch zu geringfügig, um irgendwie in's Gewicht zu fallen. Sie verabschiedeten sich von ihrem Wirth und schritten, ihre Säcke über die Schulter gehängt, in der frischen Morgenluft müde dahin.

Als sie sich den äußeren Thoren der Stadt näherten, sahen sie zwei Polizisten in träger, wartender Stellung am Eingange stehen. Dies war ein ungewöhnlicher Anblick. Seit der Abschaffung des Spiritusmonopols waren die lebenden Pfeiler des Gesetzes und der Ordnung von den Thoren entfernt. Nur zwei mit den Nationalfarben bemalte Holzjungen waren das einzige, was zum Repräsentiren der Autorität zurückgeblieben war. Die Gegenwart der beiden Polizisten hatte wahrscheinlich eine besondere Bedeutung.

Als sie sich mehr näherten, wurde diese Vermuthung zur Gewißheit. Ein Bauerntweib mit einem leeren Korbe, in dem sie jetzt ihren Säugling trug, ging unbeachtet hindurch. Zwei ältere Männer — ein Bauer und ein Bürger —

aus von der Maas bis an die Memel, von der Spree bis an den Main. Nur ein Blatt hat unieres Wissens die Zuchtschrift abgedruckt, der konservative „Reichsbote“, der ab und an seine eigenen Wege geht. Aber haben die „großen“ demokratischen und deutschfreisinnigen Zeitungen nicht weit Wichtigeres zu thun, müssen sie nicht den Kl. wardt vom Morgen bis zum Abend behandeln? Was verschlägt da eine bemerkenswerthe Thatsache zur Geschichte preussisch-deutscher Polizeiwirtschaft? —

Der Stöcker bricht im „Volk“, daß sich gegen die Wahl von Regierungsbeamten ausgesprochen hatte, eine Lauge für die Regierungsbeamten. Diese, auch die Landräthe und Präsidenten, seien „ein unentbehrliches Element der Landesvertretung, da sie bei ihrer Stellung im praktischen Staatsleben und durch ihre Kenntniß der Regierungs-Maschinerie eine willkommene Ergänzung des politischen Laienelements bilden“. Daß die Stöcker'sippe, die nur auf die Kräfte der landrätlichen Wahlhilfe in die Parlamente hinzi, sich für die Landräthe begeistert, leuchtet ein. Namentlich da der Chor der Bureaufraaten den Grundstock der für die Regierung und die ihr Befolgschaft leistenden Reaktionsstruppen notwendige Kopfsücker bildet.

Aus dem Abgeordnetenhaus. Gestern ist im Abgeordnetenhaus mit 128 gegen 124 Stimmen beschlossen worden, daß die Mietzsteuer in den Städten, wo sie noch besteht, bis zum Jahre 1900 spätestens aufgehoben werden muß. Dieser verständige Beschluß, gegen den Berliner Deutschfreisinn feilscht Peter schreiben wird, wäre schon längst nöthig gewesen. Leider ist die Mehrheit so gering, daß die Aufhebung des Beschlusses in der dritten Lesung des Kommunalabgaben-Beschlusses leider nicht unwahrscheinlich ist. —

Die preussische Gewerbesteuer. In der Norddeutschen werden die vorläufigen Ergebnisse der ersten Veranlagung zur Gewerbesteuer mitgetheilt. Nach dem offiziellen Blatte sei der Zweck der Gewerbesteuer-Reform, die kleinsten Betriebe ganz frei zu lassen und die übermäßige Belastung der kleineren Betriebe im Verhältnisse zu den großen Unternehmungen zu beseitigen, erreicht. Die Zahl der Veranlagten ist um mehr als die Hälfte, von 890 420 auf 439 429, zurückgegangen. Während früher die Handelsgeschäfte geringer Art, die Kleinindustrie und das Handwerk, über drei Mal so viel aufbrachten, als der Großhandel und die Großindustrie, sei das Verhältniß jetzt ein wesentlich anderes geworden, wie aus folgender Tabelle zu ersehen sei:

Zahl der Steuerpflichtigen	Gewerbesteuer
Nr. I. 3 457 (0,79 pCt.)	5 988 094 M. (39,80 pCt.)
Nr. II. 8 858 (2,02 pCt.)	2 602 760 M. (13,00 pCt.)
Nr. III. 72 982 (16,61 pCt.)	5 777 698 M. (28,58 pCt.)
Nr. IV. 354 132 (80,58 pCt.)	5 667 399 M. (28,25 pCt.)

Summa 439 429 Steuerpflichtige = 20 036 091 M.

Die für den Betrieb der Gast- und Schankwirtschaft besonders zu entrichtende Betriebssteuer, eine Un-nahmesteuer schlimmster Art, wird sich nach der vorläufigen Zusammenstellung auf etwa 2 360 000 M. belaufen. Der Gesamttertrag beläuft sich also auf 22 396 091 M. Da das Gesetz bestimmt, daß, wenn im ersten Veranlagungs-jahr ein Betrag erreicht wird, welcher die Summe von 19 811 395 M. um mehr als 5 pCt. übersteigt, alsdann eine verhältnißmäßige Herabsetzung der Steuersätze zu erfolgen hat, so muß eine Herabsetzung der Steuersätze um ca. 10 pCt. erfolgen. —

Goenbroeck. Die bössartige Kampfweise, wie sie die ultramontanen Blätter gegen den Ex-Jesuiten Goenbroeck beobachteten, wobei demokratische und liberale Zeitenschilder „inspirirt“ mitwirkten, haben wir sofort in ihrer Unvorsichtigkeit gekennzeichnet. Jetzt erhält die „Kölnische Volks-Zeitung“ folgende Berichtigung:

In Nr. 223 finden sich aus Anlaß meines Austritts aus dem Jesuiten-Orden Angaben über meinen Geisteszustand, die jeder thatsächlichen Grundlage entbehren. Unrichtig ist, daß ich an einer krankhaften Nervenüberreizung leide oder jemals gelitten habe. Unrichtig ist, daß meine „Krankheit“ vor zwei Monaten angebrochen sei; vor zwei Monaten hatte ich schon mehr als zwei Monate den Jesuiten-Orden verlassen. Ueberdies bin ich seit September letzten Jahres überhaupt nicht mehr krank gewesen. Damals hatte ich einen heftigen Anfall von Diphtheritis, den ich rasch und vollständig überland. Unrichtig ist, daß ich in bezug

wurden von den beiden Polizisten vom Kopf bis zum Fuß geprißt, da aber der eine über fünfzig, der andere über sechzig war, ließ man sie unbehelligt gehen. Mit einem jungen Handwerker, der ihnen folgte, gab's fast eine Kauferei. Sie hatten einige Fragen an ihn gerichtet, die er augenscheinlich in unverschämter Weise beantwortete, denn einer von den beiden Polizisten — ein kurzbeiniger Bursche mit einem Bullenbeißergesicht — stürzte mit erhobenen Fäusten auf ihn ein. Der junge Handwerker parirte den Schlag und lief unter höhnischen Schmähungen auf die Polizei, die unter den Arbeitern durchaus nicht beliebt ist, davon.

„Wir müssen uns bereit halten“, sagte Gregor, in dem die Kampflust erwachte.

„Durchaus nicht“, erwiderte Andrej, „dazu haben wir noch immer Zeit. Ueberlaß mir nur alles. Wir werden schon durchkommen.“

In Jauern aber bedauerte er, Gregor's Gesellschaft angenommen zu haben. Es war wirklich keine Nothwendigkeit vorhanden, ihn Gefahren auszufehen, die schließlich sehr ernst werden konnten.

Sie waren jetzt dicht am Thor. Die Augen der beiden Burschen richteten sich auf sie — besonders auf Andrej — mit einem halb unverschämten, halb unsicheren Ausdruck.

„Halt“, schrie der kurzbeinige Polizist, ihnen den Weg versperrend.

Sie blieben stehen.

„Wer seid Ihr und wohin geht Ihr?“ fragte er.

„Zimmerleute, auf dem Heimwege“, war Andrej's ruhige Antwort.

„Name? Adresse? Provinz? Zeit des Aufenthalts in der Stadt?“ fragte der Polizist nacheinander.

Andrej erwiderte ohne Bögern. Er hatte seinen Paß gut studirt.

„Warum benützt Ihr nicht den Zug? Jeder fährt jetzt mit der Eisenbahn.“

„Die Landstraßen sind aber frei, denke ich“, erwiderte Andrej scharf, denn er hielt es für angemessen, diesen Einspruch zurückzuweisen.

„Schon gut! Ihr thätet besser daran, höflicher zu sein. Habt Ihr einen Paß?“

„Natürlich.“ (Fortf. folgt.)



auf meine „Krankheit“ in Köln ärztlich behandelt wurde. Zulezt stand ich in Köln unter ärztlicher Behandlung im Jahre 1884; ich gebrauchte damals einen Spezialisten für Halsleiden.

Graf Paul von Hoensbroech. —

**Das deutschfreisinnig-nationalliberale Kartell in Nürnberg** ist herichtet, der Stöckerfreund Sachs ist von seiner Kandidatur zurückgetreten, und die Kartellbrüder werden, wie wir vorausgesetzt, gemeinsam in die Landtags-Wahlkämpfe ziehen. Das Lustige an der Geschichte aber ist, daß die andern Nationalliberalen Nürnbergs gerade so antipolitisch gesonnen sind, wie Sachs, der nur ein wenig offenerherziger war. Die Herren von Kress, von Bucher u. s. w., mit denen der Deutschfreisinn Hand in Hand geht, geben an antisemitischer Gesinnung dem Sachs nichts nach. —

**Und abermals Herr Hise!** Herr Hise ergreift heute wieder das Wort in der „Kölnischen Volkszeitung“ für das „ausgezeichnete“ Büchlein „Das hässliche Bild“, welches vom Verband „Arbeiterwohl“ herausgegeben ist. Die von uns mitgetheilten Recepte sollen nur für die von bitterster Noth Heimgesuchten, für „sehr dürftige Einkommensverhältnisse“ bestimmt sein. Aber der Verfasser des Büchleins und Herr Hise selbst, die Jahre und Jahrzehnte hindurch ihre Lebenskraft für das wirtschaftliche und sittliche Wohl der Arbeiter und ihrer Familien eingesetzt haben, sollten über den Verdacht erhaben sein, als ob sie nicht jeder deutschen Arbeiterfamilie nicht bloß Sonntags, sondern jeden Tag ihr „Guhn im Topfe“ von Herzen wünschten. Nun über diesen Verdacht halten wir die Herren vom „Arbeiterwohl“ durchaus nicht erhaben. Sonst würde die „Arbeiterwohl-Gesellschaft“ nicht so kläglich ausgefallen sein und würden Zustände geschaffen sein, in denen der Arme nicht auf die Hilfsmittel von Schweinefleisch und Wurstbrähe angewiesen zu sein brauchte. Vor allem würde man nicht den Großgrundbesitzern zu Liebe dem Armen noch das Brot vertheuern und die kolossalen Lasten des Militarismus vorzugsweise der großen Masse des Volkes auferlegen. Das „gute Herz“ des Herrn Hise bezweifeln wir so wenig wie das gute Herz des Königs Stumm oder der Krupp, Baare u. s. w. Bei diesen wird auch Herr Hise die Anerkennung finden, die er bei den Sozialdemokraten vermisst, daß er gezeigt hat, wie man auch mit den allerdürftigsten Mitteln noch ein Mittagmahl bereiten kann. Damit mag sich Herr Hise begnügen, da er als frommer Mann ja das Bibelwort kennt, daß niemand zweien Herrn dienen kann. —

**Das plurale Wahlrecht**, welches in Belgien nur als Etappe zum allgemeinen gleichen Wahlrecht betrachtet wird, hat in den Augen der „National-Zeitung“ Gnade gefunden und wünscht sie dasselbe auch in Deutschland eingeführt. Danach bliebe jedem einzelnen Reichstagswähler sein Stimmrecht und die bevorzugten Klassen erhielten ein doppeltes oder dreifaches Stimmrecht. Und warum diese Forderung? Weil das Volk über und über von Ekel erfüllt ist über die Bismarck'sche Korruptionspolitik und deren nationalliberale Rehrichthammer. Ob sich aber das Volk so ohne weiteres des allgemeinen gleichen Wahlrechts berauben lassen wird, danach fragt das Bourgeoisblatt nicht; gegen das Volk erscheint ihm jeder Raubzug erlaubt. Glücklicherweise kümmert das Volk sich wenig um die Wünsche des nationalliberalen Blattes; jedes Attentat gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht, von welcher Seite es auch käme, würde es zurückschlagen wie den Anfall einer Räuberbande. Der Angriff auf das allgemeine gleiche Wahlrecht wäre gleichbedeutend mit der Proklamirung des Bürgerkrieges. —

**Die Züricher Kantonsraths-Wahlen.** Vorläufig sind gezählt 114 Liberale, 98 Demokraten und 10 Sozialdemokraten, so daß die Liberalen 6 Stimmen mehr besitzen als die Demokraten und Sozialdemokraten. Stichwahlen haben drei stattgefunden, darunter diejenige für Conzett in Dersikon, wo dessen Wahl nicht unwahrscheinlich ist. Die bisherigen sozialdemokratischen Vertreter Karl Bürkli, Greulich und Lang sind wiedergewählt, Greulich diesmal in Neumünster und Lang diesmal in Dersikon. Neu gewählt ist, wie schon gemeldet, Seidel, in Auserjehl. —

**England.** In der Debatte über das Gastpflicht-Gesetz zieht Chamberlain das Amendement zurück, welches den Arbeitern Entschädigung für alle Verletzungen, die sie sich außerhalb des gewöhnlichen Geschäftsbetriebes zugezogen, gewährt, vorausgesetzt, daß dieselben nicht durch eigenes Thun oder eigenes Unterlassen verursacht sind. Parlamentssekretär Burt erklärt namens der Regierung, das Gesetz von 1880 gewähre den Arbeitern große Vortheile, aber es sei unvollkommen. Die einzelnen Bestimmungen der zur Erörterung stehenden Bill könnten bei der Spezialdebatte verändert werden. Die zweite Lesung wird darauf einstimmig angenommen. —

In Belfast randalirten die Ulsterpatrioten, es kam zu Schlägereien. Auch in England demonstrieren sie gegen das verhaßte Homerule. —

**Auf dem katholischen Kongress in Toulouse** hat der bekannte katholische Sozialpolitiker Graf de Mun, Mitglied der Deputirtenkammer, eine Rede gehalten, woraus wir folgendes mittheilen:

Die große Angelegenheit des Augenblicks ist der Sozialismus. Es giebt zwei Arten, den Kampf in dieser Hinsicht aufzufassen: die Verbindung mit den Kapitalisten und die Verbindung mit dem Volke. Ich bin für die Verbindung mit dem Volke. Der Anschlag an das Judenthum und an die hohe Bank würde den Triumph eines Sozialismus vorbereiten, dessen Ausbreitung sich nicht verhindern lassen. Auf die Gefahr hin, der Ueberzeugung beschuldigt zu werden, sage ich: Nicht das Kapital muß man beschützen, sondern die Arbeit. Wir dürfen nicht zu dem Glauben verleiten, die Kirche sei ein Genbarim im Richterhemd, der sich im bloßen Interesse des Kapitals dem Volke entgegenstelle. Im Gegentheil müssen wir die Ueberzeugung erwecken, daß die Kirche im Interesse und für die Vertheidigung der Schwachen handelt. Wenn das Volk dessen inne wird, und wenn es davon durchdrungen ist, daß die Kirche nicht für den Reichthum geschaffen worden, dann werden wir dem Erfolge nahe sein, und der Gedanke des heil. Vaters wird sich verwirklicht haben. „Wiederholen Sie das“, sagte er mir; „sprechen Sie oft von der sozialen Thätigkeit der Kirche!“

Stärker als der gute Wille ideologischer Eingänger der feudal-großbürgerlichen Schichten ist die Macht der wirtschaftlichen Entwicklung. Nicht die Kirche, nicht das Wohlwollen guter Leute und schlechter Musikanen, der zielbewusste Freiheitskampf, den die Arbeiterklasse durchführt, wird allein sie befreien. Welcher deutsche Zentrumsmann aber hätte den Muth, so zu sprechen wie der ehemalige französische Kavallerieoffizier Graf de Mun? —

**Der Generalrath der belgischen Arbeiterpartei** hat eine Aufforderung an die Arbeiter erlassen, am 1. Mai eine Kundgebung zu Gunsten des Achtstundentages und der Amnestirung der anlässlich der letzten Ausstände Verurtheilten zu veranstalten. —

**Schwedisches.** Die zweite Kammer nahm einstimmig den Antrag des Bewilligungs-Ausschusses an, daß bei der Veranlagung der Vermögens- und Einkommensteuer die obligatorische Selbsteinschätzung stattfinden solle; die erste Kammer lehnte diesen Antrag ab. Beide Kammern beschloßen, die Regierung um die Bearbeitung und Vorlage einer Arbeiterstatistik zu ersuchen. —

## Parteinachrichten.

Gegen die Militärvorlage sind weitere Versammlungen abgehalten worden in Gölzow (Ref. Steinfatt-Hamburg), Cöthen (Ref. Mittag-Halle), Buchholz (Ref. Klüß-Nel), Gemme (Ref. Ströbel-Nel), Wingen bei Borch (Ref. Helms), Rauen (Ref. Bruns-Berlin).

**Maifeier.** In Gisterberg i. S. und in Voßnang (Württemberg) wird die Maifeier am 30. April abgehalten; in Landshut i. B. am 7. Mai. Die Arbeiter Cöthens feiern das Fest durch einen Ausflug; abends ist eine Versammlung. Die russischen Parteigenossen halten am Abend des 1. Mai Versammlungen mit geselliger Unterhaltung ab in Sera, Lemnitz, Tinz, Rübitz, Langenberg, Debschütz, Triebes und Schleiz; am 7. Mai findet für das russische Unterland eine gemeinsame Feier in Reumuth statt. In Offenbura i. B. ist am Abend des 1. Mai Versammlung, am 7. Mai ein Fest; desgleichen in Rathenow. In Rassel finden am 1. Mai zwei Versammlungen statt, am 7. Mai wird ein Fest abgehalten. Der Festzug ist polizeilich untersagt, es wurde Beschwerde dagegen eingereicht. Der Stadtrath in Pirmasens, der in lokalen Dingen doch am besten Bescheid wissen muß, hat den Maifestzug genehmigt, das Bezirksamt verbot ihn, aus „höherer“ Weisheit, weil er „als gefährdend für die öffentliche Sicherheit zu erachten“ sei. Der Breslauer Polizeipräsident hat den Festzug ebenfalls nicht genehmigt, obwohl in dem Gesuche u. a. darauf hingewiesen war, daß voriges Jahr einem Gefangenen und den schlesischen Schühengilden die Erlaubniß zu Umzügen in Breslau anstandslos erteilt worden war.

Aus Erfurt wird der „Magdeburger Zeitung“ geschrieben, die dortige Schühengilde sei gegen den Wirth des Schühenhauses klagbar geworden, weil er ihr Verlangen nicht erfüllt, den Arbeitern Erfurts sein Lokal zur Maifeier zu verweigern, das er ihnen bereits zur Verfügung gestellt hat. Da die Erfurter Schühengilde noch nicht weltersucht ist, so sei ihr zu dieser Ehre durch Mittelstellung ihres Schwabenstreitkammer hermit verschollen.

Die Arbeiter der Firma Johann Böbels Söhne in Mährisch Neustadt erklären sich solidarisch mit den Arbeitern aller Länder und werden den 1. Mai 1898 durch vollständige Arbeitsruhe feiern.

Der Generalrath der belgischen Arbeiterpartei hat eine Aufforderung an die Arbeiter erlassen, am 1. Mai eine Kundgebung zu Gunsten des Achtstundentages und der Amnestirung der anlässlich der letzten Streiks Verurtheilten zu veranstalten.

Die Pariser Sozialisten der sogenannten Guesdistischen (Marx'schen) Richtung haben beschlossen, zum 1. Mai folgenden Anruf anschlagen zu lassen: „Kameraden! Der Achtstundentag, den die Proletarier Europas und Amerikas fordern, bedeutet Platz in der Werkstatt für diejenigen, die jetzt ohne Arbeit und Brot sind. Er bedeutet Lohnerhöhung, freie Zeit zum Unterrichten und zum Arbeiten an der sozialen Befreiung. Die Abschaffung der Stellenvermittlung wahr die Würde des Arbeiters und legt der schlimmsten Ausbeutung ein Ziel. Alle Arbeiter, welche diese beiden Verbesserungen der der Weltlast mehr als je verdrängten Republik aufdrängen wollen, werden an der internationalen Kundgebung des Proletariats der ganzen Welt sich beteiligen. Die leerstehenden Werkstätten am 1. Mai werden der Weltlast beweisen, daß die Arbeit alles ist, alles schafft und ohne sie kein soziales Leben möglich ist. Ihr werdet alle und alle am 1. Mai feiern und mit denen sein, die der sogenannten National-Vertretung im Palais Bourbon bedeuten werden. Eure Forderungen zu gewähren oder im Oktober durch die rührenden Wahlzettel des enttäuschten Frankreichs der Arbeiter hinweggesetzt zu werden. Die Pariser Arbeiter-Abgeordneten haben also Euren Willen ausgesprochen: Das Abgeordnetenhaus, dessen Vollmacht in wenigen Monaten erlischt, wird aufgefordert, vorher zu genehmigen: „Achtstundentag, Abschaffung der gewerblichen Stellenvermittlung, das als soziales Amt allein den Fachvereinen der Arbeiter zuleist.“ Vorwärts denn, für Euch, Eure Familien, für die Arbeiterwelt, welche ihre Augen auf Euch richtet und von Eurer Thatkraft den Beginn ihrer Befreiung erwartet!“

Von heiterem Interesse in der Maifeier-Angelegenheit ist die Stellungnahme der „Unabhängigen“, „Anarchisten“ oder der sonstigen „schneidigen“ Leute, die sich zu diesen Parteiformationen bekennen. Wären sie die konsequenten Männer der That, für die sie sich ausgeben, so müßten sie selber das Opfer riskiren, am 1. Mai nicht zu arbeiten. Aber die Leute, die die sozialdemokratischen „Führer“ speziell deshalb mit für „korrupt“ erklären, weil diese die Unausführbarkeit einer allgemeinen Arbeitsruhe erkannt haben, sie selber hüten sich, ihre Haut zu Markte zu tragen, was sie dem deutschen Arbeiter in einer zur Zeit so ansichtslosen Sache so froh zu zumuthen. (Die „Unabhängigen“ und „Anarchisten“ gewiß freundlicher als der Sozialdemokratie geneigte Berliner „Volks-Zeitung“ brachte hierfür in folgender Faksimile einen amüsanten Beleg. Sie schrieb am 28. April: „Die „Unabhängigen“ diskutirten gestern Abend in zwei Versammlungen in der Norddeutschen Brauerei und im Wälfischen Hof, Admiralsstraße, abermals über den ersten Mai. Ueberall lang die Klage durch, daß man gegen das Kapital machtlos sei; man überlasse es daher jedem, ebenso wie die Sozialdemokraten es thun, ob er feiern wolle. „Anarchist“ Kühn stellt den Antrag, Plakate zirkuliren zu lassen, in welchen sich alle Anwesenden verpflichten sollten, am 1. Mai zu feiern. Er fand mit diesem Antrage aber heftigen Widerspruch, da eine Zwangsmahregel dem „Anarchismus“ widerspreche. Es zeichneten sich nur wenige Personen ein. Der Vorsitzende Eugen Ernst gab noch bekannt, daß das seitens der „Unabhängigen“ am 1. Mai Abends bei Suggenhagen geplante Vergnügen „wegen polizeilicher Dazwischenkunft“ nicht stattfinden könne.“

Was das für eine „polizeiliche Dazwischenkunft“ sein soll, warum verschwiegen man das? Jedenfalls beweist die Maifeierei der „Unabhängigen“, daß sie sicherlich den größten Mund haben, aber auch nicht das mindeste dahinter steckt.

Die „Unabhängigen“ haben auch in Braunschweig, wo einer ihrer Berliner Redner am Sonntag sein gewöhnliches Blech sprach, vollständig Fiasko gemacht. Die von ihnen einberufene, von etwa 300 Personen besuchte Versammlung nahm mit allen gegen ein Dutzend Stimmen eine Resolution an, worin die Taktik der sozialdemokratischen Partei für die richtige erklärt und das Verhalten der „Unabhängigen“ als arbeiterfeindlich bezeichnet wird. Das Benehmen der „unabhängigen“ Gentlemen war über die Maßen ungebührlich.

Reichstags-Kandidatur. Für den badischen Wahlkreis Heidelberg ist Dr. Müdt als Kandidat aufgestellt.

Der Zweifel an der moralischen Integrität des Eigenthums ist in Sachsen bereits staatsgefährlich. In Glauchau löste die heilige Hermandad, vertreten durch den Stadtrath Hinkelmann, deshalb eine öffentliche Parteiversammlung auf. Der Referent Goldstein sprach über das Buchergesetz und dessen voraussetzliche Wirkungslosigkeit. Das „Sächs. Volksblatt“ berichtet hierüber: „Schon die Einleitung zum Thema, daß der Bücher gleichzeitig mit dem Privateigenthum aufgetreten und der Bücher bei den Griechen und Römern schon stark im Schwunge gewesen sei, schien unserm überwachenden Stadtrath Hinkelmann nicht zu gefallen. Als der Redner aber dann auf die Neuzeit kam und bemerkte, daß eigentlich jede Presse zum Eigenthum in Beziehung stehe, entzog ihm der Stadtrath das Wort. Auf des Referenten Bemerkung, daß er nur ein Wort franklin's jittre, äußerte der Ueberwachende: „Sie haben die Presse in Beziehung zum Eigenthum gebracht.“ Als Goldstein seine Bemerkung wiederholte, löste Herr Hinkelmann auf. Eine Kritik seiner polizeilichen Anordnung dulde er nicht.“

Der Mann gehört auf einen andern Platz. Er müßte Reichszantzer sein. Welch eine Lust wäre es, unter seiner Regide als Redner, Schriftsteller oder Theaterdirektor zu leben.

**Sozialdemokratische Presse.** Die Parteigenossen in Leopoldshall-Staßfurt geben vom 1. Mai ab ein neues Blatt, die „Staßfurter Volkszeitung“ heraus, das vorläufig dreimal wöchentlich erscheint und in Dessau in der Druckerei des „Volksblatts für Anhalt“ hergestellt wird.

**Maifest-Literatur.** „Wahrer Jakob“, Stuttgart, und „Postillon“, München, haben in ihrer Mai-Nummer Vorkämpfer geboten. Der „Wahrer Jakob“ ist insbesondere wegen der wunderschönen Illustrationen zu loben, während der „Postillon“ vornehmlich durch den textlichen Inhalt sich auszeichnet.

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.** — Der Redakteur Böste von der Magdeburger „Volksstimme“ hat im vorigen Gefängniß eine 14-tägige Strafe angetreten.

— Wegen Beleidigung des Staatssekretärs Dr. von Stephan in der Angelegenheit der Cholera-Sammlungen wurde der Redakteur des „Volksblatts für Halle“, Richard Fligge, zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte zwei Monate Gefängniß beantragt. Der Gerichtshof hielt in dem Artikel, der dem „Vorwärts“ entnommen war, nur einfache Beleidigung für vorliegend.

— Der Redakteur Paul Schoepf aus Dessau hatte in Kroskau am 26. Februar eine Versammlung eröffnet; sofort darauf protestirte der überwachende Beamte gegen die Abhaltung, da von der hiesigen Kreisdirection noch keine Bescheinigung über die Anmeldung der Versammlung zur Stelle war. Gegen Schoepf wurde eine Anklage wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes erhoben. Das Schöffengericht in Kroskau hat jedoch auf Freisprechung erkannt.

— Otto Zielowski, Redakteur des „Offenburger Volksfreunds“, verließ am 23. April das dortige Gefängniß, wo er seit 20. Februar wegen Preßvergehen internirt war. Gegen das Erkenntniß, daß ihn wegen Majestätsbeleidigung zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt, hat er Revision beim Reichsgericht eingelegt, hoffentlich mit Erfolg.

## Soziale Ueberlicht:

**Aufent an die Schneider und Schneiderinnen!** Das Kulturfest der Arbeit, der erste Mai naht heran; überall rüht sich die Arbeiterschaft, diesen Tag würdig zu feiern. Die letzte öffentliche Versammlung unseres Gewerbes beschloß einstimmig, daß am Vormittag des 1. Mai eine Versammlung stattzufinden hat mit einem der Bedeutung des Tages entsprechenden Vortrag. Wir geben Euch hierdurch bekannt, daß diese Versammlung am 1. Mai, Vormittags 10 Uhr, in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57, stattfindet. Sorgt überall, so weit es Euch möglich, für rege Betheiligung. Nach der Versammlung treffen wir uns in der Hasenhalde, Fichtestr. 29, bei Krösche, um dort einige Stunden gemeinsam zu verweilen. Am Abend schließen wir uns den von der Partei arrangirten Festen der einzelnen Wahlkreise an. Auf zur Maifeier!

Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

**An die Maler, Lackirer und Anstreicher Berlins!** Kollegen! Nachdem eine imposante Versammlung der Maler, Lackirer und Anstreicher sich für die Nothwendigkeit der Erringung des Achtstundentages ausgesprochen, richten wir an Euch Alle die nochmalige Aufforderung, uns in diesem Kampfe nach Möglichkeit zu unterstützen. Es gilt vornehmlich die und noch indifferent gegenüber stehenden Kollegen zum Besuch unserer Versammlungen und zur Theilnahme an unseren Sammlungen zu veranlassen. Auf diesem Gebiete eröffnet sich für jeden ein weites Feld der Thätigkeit, und nur durch unermüdeliches Zusammenwirken unserer Kräfte wird es möglich sein, unsere Forderungen zu verwirklichen. Laut Beschluß der öffentlichen Malerverammlung vom 24. April wird zur Beschaffung der nöthigen Geldmittel eine Wochenmarke von 50 Pf. eingeführt. Zur Entnahme dieses Materials sowie zum Vertrieb desselben werden die Kollegen aufgefordert, überall Werkstätten-Delegirte zu wählen. Die Ausgabe der Karten und Marken erfolgt vom 23. April ab an Werktagen von 8—10 Uhr und Sonntag Vormittags von 10—12 Uhr bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44. Jeder Kollege hat sich zu betheiligen. Die Werkstätten-Delegirten ersuchen wir, jeden Sonntag abzurechnen. Als Mai-Marke werden wir in diesem Jahre eine 25 Pf.-Marke ausgeben, wozu wir besonders aufmerksam machen. Auf Beschluß der letzten öffentlichen Versammlung findet am Vormittag des 1. Mai eine öffentliche Malerverammlung statt und zwar in dem Lokale „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20. Agitation für den feierlichen Besuch dieser Versammlung ist angehts unserer diesjährigen Bewegung doppelt Pflicht der Kollegen. Alle unsere Bewegung betreffenden Aufschriften, sowie Klagen und Mittheilungen über die Vorkommnisse in den Werkstätten ersuchen wir an den unterzeichneten Vorstehenden senden zu wollen. Im Auftrage der Lohnkommission B. Bühr, Johannisthal bei Berlin, Kaiser Wilhelmstr. 4.

**Aus Thoren** wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben, der Ausfluß der Erdarbeiter unterbreche die Arbeiten der Kanalisations- und Wasserleitungs-Anlage in unangenehmer Weise. Die Leute verlangen einen Tagelohn von 2 M. Bei einstündiger Arbeitszeit. Bisher erhielten sie 1,80 bis 1,90, jüngere Burshen und alte schwache Leute 1,40 M. Zwei Mark bei einstündiger Arbeitszeit macht schließlich noch nicht einmal 19 Pf., und das ist den Unternehmern zu viel! Welcher von ihnen würde denn für einen noch niedrigeren Hungerlohn arbeiten wollen? Ganz gewiß keiner, dem armen Erdarbeiter aber wird's natürlich zugemuthet.

**Zur Nichtigstellung.** Durch eine Verwechslung ist in der aus Anlaß des Berliner Schneiderstreits stattgefundenen Volksversammlung erklärt, bei dem „Leinen Reimer“ erhalte eine Werkstatt für deren Benutzung pro Woche jeder 3 Mark Platzgeld zahlen müsse. Dieses bezieht sich jedoch nicht auf den „Leinen Reimer“, sondern auf die Firma Vandsburger, Friedrichstraße. Dieses zur Nichtigstellung. Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Donnerstag, den 27. April. Opernhaus. Die Walfäre. Neues Theater. Gastrecht. Meister Gert Westfaler. Die wachsame Schildwache. Die ehelich Bädin mit ihren drei vermeinten Liebsten. Deutsches Theater. Das Wintermärchen. Berliner Theater. Ein Tropfen Gift. Festung-Theater. Brave Vent' vom Grund. Wallner-Theater. Die Orientreise. Kroll's Theater. Silvana. Residenz-Theater. Die beiden Champignol. Adolph Ernst-Theater. Goldlotte. Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Mam'zelle Mitouche. Thomas-Theater. Der Herzogsmüller. Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen. National-Theater. Die Konfessionseuse. Alexanderplatz-Theater. Zimmermann's Bene. Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater. Zum 28. Male: **Goldlotte.** Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets theilweise v. G. Börs. Musik von G. Stoffaus. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Der Sommer-Garten ist geöffnet.

American-Theater. Anfang 8 Uhr: **Der Dussel** (Nulpus) Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tscholai von Oscar Wagner. (Menn - Ede. Martin Bendix.) **Alfred Bender** in seinem neuesten Originalvortrag **Der Volksmund in Berlin.** Instrumentalist Deller. **Unser Helgoland.**

**Castan's Panopticum.** Große Ausstellung. Akka - Zwerginnen. Neue Illusion: Lotoblume. Andere Illusionen. Fantoche-Theater. Castan's Irrgarten. Schreckenskammer.

Passage-Panopticum. Im Theater-Saal: **Neu!** Lebende Bilder.

Kaufmann's Variété Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. **Neu! Die lustige Schwiegermutter.** Komische Pantomime mit Ballet in 1 Akt. Ausgeführt v. d. Pantomimen-Gesellschaft **Diovanio,** sowie Auftreten von **12** l. Berlin neuen Spezialitäten. Anfang: Wochentags 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt. Lindenstr. 149. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

### Circus Renz.

(Rarlstraße.) **Donnerstag, den 27. April,** Abends 7 1/4 Uhr: **Auf vielseitig. Verlangen: Wiederholung der Gala-Sport-Vorstellung vom 22. April.** Aus dem Programm besonders hervorzuheben: **Springer** mit dem Schulpferde **Cameliard,** ger. v. Frau **Oceana Renz, Maistoso,** in der hohen Schule geritten von Fräulein **Oceana Renz.** **Mr. James Ellis** mit dem Schulpferd **Germinal.** **Miss Edith** als Jockey u. Zum Schluss: **Die lustigen Seidelsberger.** Große Ausstattungs-Pantomime. **Neue Ausstattung.** Morgen, Freitag, Abends 7 1/4 Uhr: **Große Vorstellung.** Sonntag: Zwei große Vorstellungen, um 4 Uhr (1 Kind unter 10 Jahren frei) und um 7 1/2 Uhr. Abschieds-Vorstellung am 2. Mai. Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidentank“, Marktgrafenstraße 51a. **Fr. Renz, Direktor.**

**Etablissement Buggenhagen.** Moritz-Platz. Täglich: **Instrumental-Konert.** **Großer Frühstücks- u. Mittagstisch.** Spezial-Auswahl von **Vahenhofer Lagerbier,** hell und dunkel. **An Sonn- und Festtagen** findet das **Konert** in den oberen Sälen statt. Entree Wochen. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf. Säle für Versammlungen, Kommerze, Festlichkeiten u.

**Rheinländischer Tunnel** genannt: **Die ideale Nagelkiste.** Berlin N, Elsasserstrasse 73. **Neu! Neu!** **Die Möbel-Polonaise!** oder: 4070L. **Weber hat'n Leber, an de Lunge, an de Lunge, an de Leber!** Vorträge der berühmten Gesangsvereine „**Halbe Lunge**“ und „**Keuchhusten**“. **Verzügliches Lagerbier** der „**Schneberger Schlossbrauerei**“ à Seidel 10 Pfennige. **H. Schultze (mit'n h).** (Notiz: Mang uns mang is keener nich mang, der nich mang uns mang jehört.)

Bringe den Genossen mein neues Lokal bei Begräbnissen, Ausflügen u. in empfehlende Erinnerung. **Garten** mit 2 Kegelbahnen steht zur Verfügung. Ein Klubzimmer habe noch zu vergeben. 4075L. **C. Schmidt, Rixdorf, Hermannstr. 23,** früher in Torgelow in Pommern. Vereinszimmer sof. z. vergeben bei **Gräf, Stephanstraße 47.** 8500b

### Freie Vereinig. der Graveure und Ciseleure Berlins und Umgegend.

Zur Feier des 10 jährigen Stiftungsfestes am **Sonntabend, den 29. April,** in **Schmiedel's Festsälen,** **Alte Jakobstraße Nr. 32:**

### Konzert, Gesang und Theater.

Zur Aufführung gelangt: „**Die Bismarckspende**“. Unter Anderem Auftreten des beliebten Komikers **Otto Köppel** und des Gesangshumoristen **Emil Lunde.** **Festrede, gehalten vom Genossen Roland.** Nachdem: **Tanz-Kränzchen.** Anfang 8 Uhr. Entree 25 Pfennig. Billets sind bei den Kollegen **G. Kleist, Waldemarstraße 48,** und **P. Barth, Simeonstraße 2,** zu haben. 167/18 **Das Comité.**

### Verein der Berl. Buchdrucker und Schriftgiesser.

Die zu Mittwoch, den 26. d. M., Abends angekündigte Vereinsversammlung findet eingetretener Hindernisse halber erst

**heute, Donnerstag, den 27. April,** Abends 9 Uhr, **Der Vorstand.**

### Große öffentliche Vereinsversammlung

des **Arbeiter-Bildungs-Vereins für Schöneberg und Umgegend** **Donnerstag, den 27. d. M., Abends 8 1/2 Uhr,** im **Saale der Schloss-Brauerei zu Schöneberg.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 108/7 **Der Vorstand.**

### Der Maifeier wegen

ruht am Montag, den 1. Mai, unser Betrieb. Die geehrte Kundschaft ersuchen wir, den resp. Bedarf gefl. vorher zu decken. Der **Detailverkauf** in den Filialen findet bis **Mittags 1 Uhr** statt. **Genossenschafts-Bäckerei für Berlin und Umgegend.** (Eing. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht) **Der Vorstand: Freytag, Grasshof.**

### Kranken- und Sterbekasse der Berliner Hausdiener.

(E. S. 61.) Am 25. April verstarb das Mitglied **Georg Grützer** an Lungenkatarrh. Die Beerdigung findet am **Freitag, den 28. April** cr., **Nachmittags 3 Uhr,** vom **Trauerhause, Mittelstraße 45,** nach dem **Dorotheenstädtischen Kirchhof** in d. **Liesenstraße** statt. 3588b **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß meine liebe Frau am 25. d. Mts. sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am **Freitag, Nachm. 2 1/2 Uhr,** von der **Leichenhalle** des neuen **Lichtenberger Kirchhofs** aus statt. **Friedrichsberg, den 26. April 1893.** Die trauernden Hinterbliebenen: **3573b Emil Heincke** nebst Mutter und Geschwistern.

### Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern des **Vereins z. Bahrg. d. Interessen der Gast- u. Schankwirthe Berlins und Umgegend** zur Nachricht, daß die Frau des Kollegen **Heinecke** in **Friedrichsberg, Friedrich Carlstr. 11,** am 25. d. Mts. verstorben ist. Die Beerdigung findet am **Freitag, den 28. April,** Nachm. 2 1/2 Uhr, von der **Leichenhalle** des neuen **Lichtenberger Kirchhofs** in **Lichtenberg** aus statt. Um recht zahlreiche Beteiligung bittet **162/11** **Der Vorstand: J. A. Lorenz.**

### Danksagung.

Für die überaus reichen Beweise herzlicher Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des **Schlossers Wilhelm Zehe,** sage ich allen Freunden und Bekannten, besonders den Genossen des **VI. Wahlkreises,** meinen tiefgefühltesten Dank. **3576b** **Die trauernde Wittwe** nebst Kindern und Geschwistern.

### Verkäufer und Händler grosser Verdienst!

**Maifest-Album.** 10 Pf. Artikel, rascher Umsatz. 5 Pf. Rabatt per Stück. **Kauft Jedermann!** Zu haben bei **A. Häbner, Wilhelmstr. 134.** Die kleinsten Posten werden abgegeben. Nach Auswärts nicht unt. 50 St.

### Gewerbe- und Industrie-Ausstell. im Equitable-Gebäude.

Eingang an der **Leipziger** nahe **Friedrichstraße.** 4021L. **Grosse Schaustellung** von hervorragenden Erzeugnissen des **Gewerbes und der Industrie.** **Eintritt 25 Pf.** Geöffnet v. 9 Uhr früh bis 8 Uhr Abends

### Verlags-Buchhandlung des „Vorwärts“.

Berliner Volksblatt. Berlin S.W., Beuthstraße 2.

Folgende Erscheinungen unserer Literatur können wir unseren Parteigenossen für den bevorstehenden

### 1. Mai

bestens empfehlen: **Der Arbeiterschutz**

besonders **die internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung** und der

### Achtstundentag.

Von **Karl Kautsky.** Zweite Auflage. 60 Seiten. — Preis eleg. geb. 20 Pfennige. Die Broschüre ist zur Massenagitation besonders geeignet. Sie enthält eine gedrängte Darstellung über den Stand der Arbeiterschutz-Gesetzgebung in den modernen Industrieländern.

### Der Kampf um den

### Achtstundentag

Festschrift zum 1. Mai. 16 Seiten. Preis 10 Pfennige.

### Die

### Arbeiterschutz-Gesetzgebung

und ihre internationale Regelung. Von **Paul Ernst-Berlin.** 36 Seiten. — Preis 15 Pfennige.

### Die Verkürzung

### der

### täglichen Arbeitszeit.

Ihre Ursachen, Wirkungen und Folgen. — Erfahrungen und Urtheile von Geschäftsleuten. Populäre Darstellung von **Rudolf Morf,** Adjunkt des Schweizerischen Arbeitersekretariats. 32 Seiten. — Elegant geb. — 20 Pfennige.

### Für den

### Achtstundentag.

Ein Beitrag zur **Geschichte der Arbeitszeit.** Von **Dionys Zinner.** 48 Seiten. — Preis geb. 25 Pfennig.

### Raketen und Leuchtkegel,

geschleudert in der Nacht des Sozialistengesetzes. Von **S. Kokosky.** Eine Festschrift zum 1. Mai. 46 Seiten. — Preis 20 Pfennige.

### Hochfluth.

Sozialistische Zeitgedichte. Eine Gabe zum 1. Mai. 40 Seiten elegant geb. — Preis 20 Pfennige.

### Trutznachtigall.

Von **Karl Henckell.** (Inhalt: Glühende Gipfel. Maifestspiel. — Gründdeutschland.) 112 Seiten. Eleg. geb. 1,50 M., fein gebunden 2 M.

### Gelegenheitsgedichte

und **Prologe für Arbeiterfeste.** Mit einem Anhang: **Witze für Redner.** Den deutschen Arbeitern gewidmet von **Manfred Wittich.** 96 Seiten. Eleg. Ausstattung. Preis 75 Pf.

Ferner folgende Theaterstücke:

### Der 1. Mai.

Ein Zeitbild in 3 Abtheilungen von **Heinr. Friedrich.** Preis geb. 40 Pf. (11 Rollen erforderlich.)

### Die Arbeitervereine

haben doch eine Zukunft! Soziales Bild in 3 Abtheilungen von **Heinrich Friedrich.** Preis geb. 30 Pf. (Zur Aufführung 12 Rollen nötig.)

Zu beziehen durch die Expedition des „Vorwärts“, Berlin S.W., Beuthstr. 3, sowie durch alle Holoporture und Zeitungsbedeure. Wiederverkäufern Rabatt. Bei Aufträgen von Außerhalb ersuchen wir höflichst um gleichzeitige Einfindung des dafür entfallenden Betrages. (Porto extra.)

### Echter Langensalza'er Kautabak

von **Gebrüder Adler.** 31068

Zu haben in den meisten Tabakhandlungen Berlins und Umgegend. Cigarren-Engroslager in den Preislagen von M. 25.— bis M. 100.— Haupt-Niederlage: **Judenstrasse 20.**



Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

83. Sitzung vom 26. April 1893, 1 Uhr. Am Bundesrathliche: v. Bötticher, v. Mathahn. Dem Reichstage ist ein Nachtragsetat für 1893/94 zugegangen, welcher im Ganzen 1468 000 M. verlangt. Es entfallen davon 50 400 M. dauernde Ausgaben infolge der Erhebung der deutschen Gesandtschaft bei der nordamerikanischen Union in Washington zur Botschaft, 817 000 M. zum Ankauf und zur Einrichtung eines Botschaftsgebäudes in Madrid auf dem Paseo de la Castellana, 600 000 M. als weitere Kosten für die Beteiligung des Reichs an der Weltausstellung in Chicago.

Ohne Debatte wird der Nachtragsetat an die Budgetkommission verwiesen. Darauf erstattet Abg. Schneider-Hamm namens der Geschäftsförderungskommission Bericht über die Verhandlung des Antrages Stadthagen auf Ertheilung der Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung gegen ihn. Die Kommission hat sich von der Berechtigung des Verlangens des Abg. Stadthagen überzeugt und empfiehlt dem Hause einstimmig die Annahme des Antrages.

Abg. Singer (Soz.): Seitens des Justizministers v. Schelling ist unter dem 24. April d. J. an den Abg. Stadthagen ein Schreiben ergangen, in welchem er benachrichtigt wird, daß auf seine am 7. d. M. bei dem Herrn Minister eingegangene Beschwerde über die Verfüzung des Herrn Oberstaatsanwalts vom 25. März d. J. nach Einsicht des erforderlichen Berichtes der betreffende Herr Staatsanwalt angewiesen ist, von dem in seiner Verfüzung vom 13. Januar hervorgehobenen Standpunkte, daß die Genehmigung des Reichstages zur Einleitung der strafrechtlichen Verfolgung erforderlich sei, abzugehen und sich alsbald der materiellen Prüfung des Antrages des Abg. Stadthagen zu unterziehen. Nach meiner Meinung wird an der Sachlage durch dieses Schreiben nichts geändert. Ich lege Werth darauf, festzustellen, daß dieses Schreiben erst ergangen ist, nachdem hier im Reichstag und in der Kommission über diesen Fall verhandelt worden ist, während der Herr Justizminister Veranlassung hatte, schon vorher auf die wiederholten Eingaben des Abg. Stadthagen zu antworten, wenn er dazu Neigung verspürte. Da der Justizminister den Staatsanwalt nur aufgefordert hat, sich der materiellen Prüfung des Antrages zu unterziehen, für uns also durch dieses Schreiben kein Anhalt gegeben ist, daß der Staatsanwalt die Verfolgung des Abg. Stadthagen einleiten wird und der Staatsanwalt selbst dem Kollegen Stadthagen noch nicht die geringste Mitteilung über eine solche Absicht zu erkennen gegeben hat, so glaube ich den Antrag der Geschäftsförderungskommission ebenfalls empfehlen zu können. Ich habe auch mich verpflichtet gehalten, dem Hause Mitteilung von diesem Schreiben zu machen, damit nicht etwa von einer Seite der Vorwurf erhoben werden könnte, es sei in unseren Händen Material gewesen, welches wir der Beurtheilung des Hauses nicht unterbreitet haben.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich fühle mich doch veranlaßt, den preussischen Herrn Justizminister gegen den Vorwurf, der möglicher Weise aus den Ausführungen des Abg. Singer abgeleitet werden könnte, in Schutz zu nehmen. Wie der Abg. Singer selber berichtet hat, ist der Antrag des Abgeordneten Stadthagen an den Herrn Justizminister am 7. April gestellt worden. Der Herr Justizminister hat, wie aus einem ebenfalls am 24. April an mich gerichteten Schreiben hervorgeht, bereits am 11. April von dem Staatsanwalt Bericht erfordert und darauf hin seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß die Meinung der Staatsanwaltschaft, der Abg. Stadthagen müsse selber die Genehmigung des Reichstages ertrahieren, nicht für gerechtfertigt angesehen werden könne und daß der Oberstaatsanwalt nunmehr in die materielle Prüfung des Strafantrages des Abg. Stadthagen einzutreten habe. Sie werden schon aus dieser Folge der Daten ersehen, daß eine Veräußerung keineswegs auf Seite des preussischen Justizministeriums vorlag. In der Sache selbst bin ich der Meinung, daß wenn der Reichstag den Antrag seiner Kommission annimmt, damit der Forderung des Artikels 51 der Verfassung genügt ist, daß, danach also nicht mehr von Seiten der Staatsanwaltschaft noch ein Antrag auf Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung hier eingebracht zu werden braucht. Ich werde übrigens dafür Sorge tragen, daß von diesem Beschluß der preussischen Justizverwaltung offiziell Kenntniß gegeben wird.

Abg. Singer: Das kann ich nur dankbar akzeptieren und wünsche, daß alle unsere Beschlüsse so schnell ausgeführt werden wie dieser. Im übrigen hat mich der Staatssekretär nicht widerlegt. Allerdings ist das Schreiben des Justizministers vom 24. April auf eine am 7. an ihn gelangte Beschwerde Stadthagens erlassen worden. Es geht aber aus den Verhandlungen hier und in der Kommission hervor, daß dieses die zweite Eingabe an den Justizminister gewesen ist. Stadthagen hat sich gegenüber dem ersten abweisenden Bescheide des Ersten Staatsanwalts anfangs März beschwerdeführend an den Justizminister gewandt und er hat von dem Oberstaatsanwalt am 25. März die Antwort erhalten, daß auf die von ihm an den Justizminister gerichtete Vorstellung, die ihm, dem Oberstaatsanwalt, zur Prüfung und weiteren Veranlassung überwiesen worden sei, er, Stadthagen, benachrichtigt werde, daß nach Einsicht in die Akten kein Anlaß vorliege, von dem Bescheide des Ersten Staatsanwalts abzuweichen. Wenn der Justizminister die Meinung, die er heute zu haben scheint, gleich von vornherein gehabt hätte, dann würde er uns die Stellung des Antrages erpart haben. Der Justizminister hat auch die befreundliche Auffassung des Staatsanwalts, daß der Abg. Stadthagen ihm die Genehmigung des Reichstages einreichen solle, gar nicht zurückgewiesen.

Staatssekretär v. Bötticher: Der Vorredner hat mich nicht überzeugen können, daß eine Verjährung eingetreten ist. Wenn der Vorredner sagt, daß bereits im März eine Vorstellung des Abg. Stadthagen an den Justizminister gerichtet worden ist, und wenn er mich weiter dahin aufklärt, daß diese Eingabe des Abg. Stadthagen dem Oberstaatsanwalt mit der Weisung zugefertigt worden ist, daß er den Fall prüfen und über den Antrag des Abg. Stadthagen entscheiden möge, so entnehme ich daraus den weisen Schluß, daß aus der Eingabe des Abg. Stadthagen sich nicht ergeben haben wird, daß bereits der Oberstaatsanwalt in der Sache entschieden hatte. Denn wenn sich das aus der Eingabe ergeben hätte, dann würde der Justizminister damals im März, wie er es im April gethan hat, seinerseits entschieden oder Bericht erfordert haben. Der Justizminister wird aber angenommen haben, es sei der Instanzengang nicht erschöpft. Er sagt ausdrücklich in dem an mich gerichteten Schreiben, daß er bereits am 11. April auf die am 7. April eingegangene Eingabe des Abgeordneten Bericht erfordert hat. Materiell ist die Sache erledigt, denn der Staatsanwalt ist ja jetzt angewiesen worden, das Material zu prüfen und es ist nicht davon die Rede, daß der Justizminister das Verfahren der Staatsanwaltschaft gebilligt hat.

Abg. Stadthagen (Soz.): Der Staatsminister v. Bötticher verwechselt wieder. Die Antwort des Staatsanwalts auf meine Eingabe vom 22. Dezember datirt vom 13. Januar, und er erklärt darin, daß er es überhaupt ablehne, gegen mich einzuschreiten. Ich habe darauf unter dem 21. Februar Beschwerde

erhoben und von der Oberstaatsanwaltschaft am 23. Februar die Antwort erhalten, daß ich die Genehmigung des Reichstages zu meiner Strafverfolgung selbst erwirken solle. Hieraus habe ich mich an den Justizminister gewandt, der hat mir aber keine Antwort gegeben, sondern die Sache dem Oberstaatsanwalt überwiesen. Dieser erließ einen Bescheid vom 25. März, der mir am 4. April zugegangen ist.

Es folgt die erste Beratung des von den Abgg. Barth und Genossen und Gröber und Genossen eingebrachten Gesetzesentwurf, betr. Abänderung des Wahlgesezes für den Deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869.

Der Gesetzesentwurf bezweckt die größere Erleichterung der Ausübung des Wahlrechts und die Herbeiführung eines wirksameren Schutzes des Wahlgeheimnisses. Gewicht und Größe der Stimmzettel soll vom Bundesrath bestimmt werden, die Abgabe der Stimmzettel soll in amtlichen Kouvets geschehen und die ungehinderte und unbeobachtete Beförderung des Stimmzettels in das Kouvett durch besondere Vorrichtungen im Wahlzimmer ermöglicht werden. Die Wahlzeit soll bis 7 Uhr Abends verlängert werden.

Abg. Barth (Df.): Unser Antrag und ein gleichartiger des Zentrums hat schon in der vorigen Session vorgelegen und ist kommissarisch beraten worden. Was wir dem Reichstage zu Anfang der laufenden Session eingereicht haben, sind die unveränderten Beschlüsse jener Kommission, deren Arbeit im Plenum nicht mehr zur Verhandlung kam. Da das Zentrum ebenfalls diese Beschlüsse zum Gegenstande seines neuen Antrages gemacht hat, wird es überhaupt nicht mehr nöthig sein, nochmals Kommissionsberatung erfolgen zu lassen, da eine Mehrheit für diese Beschlüsse schon vorhanden ist. Ich erinnere daher nur kurz nochmals an die Veranlassung dieser Anträge, die zahlreichen schweren Wahlbeeinträchtigungen, welche das geheime Wahlrecht illusorisch machen und an die zunehmende Verbreitung, welche das vorgeschlagene anderweite System in anderen Ländern gefunden hat. Ueberall dort, in Australien wie in einer großen Zahl von Staaten der Union sind die bestagten Mißbräuche durch dieses sogenannte belgische System beseitigt worden. Der abgetretene Mann, den wir nach dem Muster von Belgien und England für die Kouvettierung des Stimmzettels anstreben, ist der Kommission zwar auch als die beste Lösung der Frage erschienen, man hat aber geglaubt, die Sache einfacher dadurch machen zu können, daß man eine Vorrichtung, welche denselben Zweck erfüllt, an einem neben dem Wahlstisch stehenden Tisch anbringt. Die übrigen von uns oder vielmehr von der vorjährigen Kommission beschlossenen Kautelen empfehlen sich von selbst. Außerdem wünschen wir die Befestigung der Zwergh-Wahlbezirke, die sich vielfach deshalb gebildet haben, weil eine Vorschrift über die Minimalgröße eines Wahlbezirks nicht existirt. Auch diese Forderung hat die Kommission in ihrer großen Mehrheit gebilligt und diese Minimalgrenze auf 125 Einwohner festgesetzt. Wir haben uns dieser Normirung angeschlossen, obgleich wir früher das Minimum auf 400 Seelen festgesetzt wissen wollten. Wir empfehlen Ihnen die Annahme unseres Antrages. Im Interesse der arbeitenden Klassen soll, wie die Kommission ebenfalls gut gesehen hat, die Wahlzeit bis 7 Uhr Abends ausgedehnt werden. Alle Freunde des allgemeinen direkten Wahlrechts müssen auch bedacht sein, alle Verbesserungen an denselben anzubringen, die überhaupt denkbar sind. Im preussischen Landtage will man nicht einmal die bescheidensten Verbesserungen an dem elendesten aller Wahlgesetze einbringen; um so mehr sind wir es den Wählern und speziell den arbeitenden Klassen schuldig, das direkte Wahlrecht immer mehr zu vervollkommen.

Abg. Gröber (Z): Ich empfehle ebenfalls in längerer Ausführung die Anträge, welche die vielfach zu Tage getretenen schweren Mißbräuche ausschließen und nicht nur den Arbeitern gegenüber den Arbeitgebern, sondern auch den vielen unteren Beamten und von den Behörden abhängigen Männern den Schutz gewähren würde, auf welchen diese Kategorien gerade wegen ihrer materiellen Abhängigkeit den größten und stärksten Anspruch hätten. Gerade in den heutigen Tagen genüge es, den Wunsch auszusprechen, daß es gelingen möge, diesen Antrag noch vor den nächsten Wahlen zum Gesetz zu erheben. (Beifall.)

Abg. Bloß (Soz.): Wir haben gegen die Anträge, denen wir im allgemeinen zustimmen, nur den Einwand zu machen, daß darin nicht gesagt ist, der Wahltag soll auf einen Sonntag fallen. Es giebt, besonders aus dem Lande, eine große Anzahl von Wählern, die infolge der Art ihrer Beschäftigung oder zu weiter Wege überhaupt nicht in der Woche zur Wahlurne gehen können. Laß mit der Verlegung des Wahltages auf einen Sonntag eine Vereinträchtigung der Sonntagstheorie oder Sonntagstruhe verbunden ist, halte ich nicht für begründet; in einem so katholischen Lande wie Frankreich ist der Wahltag ebenfalls auf einen Sonntag gelegt. Die heutige Einteilung der Wahlbezirke hat ihre großen Noththeile. Gegen die „Destinationskammer“ haben wir keine Bedenken, wenn ich auch nicht glaube, daß auf diesem Wege eine absolute Wahlfreiheit erzielt werden kann. Eine große Menge von Mißständen wird auch dann noch bleiben. Uebrigens ist das, was in der Wahlprüfungskommission vorgebracht wird, nur ein schwacher Reflex der Wirklichkeit. Ist es doch vorgekommen, daß auf einem Gut den Arbeitern gesagt wurde: so viel oppositionelle Stimmen von Euch hier abgegeben werden, so viel Leute werden entlassen! Die größte Schwierigkeit, die diesen Anträgen entgegensteht, ist die, daß er bei den verbündeten Regierungen kein Gegenkommen finden wird, da sie ohnehin keine Freunde des allgemeinen direkten Wahlrechts sind und demselben nicht noch weitere Zugeständnisse machen würden. Das darf aber kein Hinderniß sein, daß das Haus in seiner Majorität sich für diese verbessernden Aenderungen des allgemeinen Wahlrechts ausspricht. Wie die Nationalliberalen zur Wahlrechtsfrage stehen, kann man schon aus einem Artikel der „Kölnischen Zeitung“ entnehmen, in welchem ausgesprochen wird, daß man in Deutschland seit 1867 unter einer Hölleherrschast stehe. Wir sind unter allen Umständen dafür, jeden Wahlterrorismus zu beseitigen, derselbe geht aber nicht von unten aus, wie bisweilen behauptet wird, sondern von demjenigen, welche heute die politische und gesellschaftliche Macht in Händen haben. Damit, daß die Regierung das Papier zu den Stimmzetteln liefern soll, erklären wir uns durchaus einverstanden. Wenn es dahin kommen sollte, daß dieses letzte Sicherheitsmittel angefaßt wird, dann wird allerdings eine Reaktion von unten gegen die Angriffe auf die Wahlfreiheit nicht ausbleiben.

Damit schließt die Debatte. Abg. Richter (Df.) weist in seinem Schlusswort auf die Entwicklung hin, welche diese Angelegenheit genommen habe. Bei der ersten Beratung des gleichen Antrages wurde über den Inhalt desselben gespottet und gelacht; heute habe eine ruhige, sachliche Erörterung stattgefunden und Gegner hätten sich überhaupt nicht vernehmen lassen. Diese Erscheinung müsse jedem zum Anstehen und unveränderten Verfolgen einer als gut erkannten Idee ermutigen. Es handle sich hier um den Schutz des Schwachen, nicht darum, das Volk zu verderben durch feige Geheimnisträumer, wie die Gegner des allgemeinen Wahlrechts im preussischen Abgeordnetenhaus es zu bezwecken beliebt hätten. Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Graf v. Aretz (Df.), daß seine Partei den Antrag auf Kommissionsberatung nicht

gestellt habe, weil sie dies bei der Geschäftslage des Hauses für überflüssig halte. Sollte es wider Erwarten noch zu einer zweiten Lesung kommen, so würde sie sofort den Antrag auf kommissarische Beratung stellen.

Abg. Rintelen empfiehlt in einem kurzen Schlusswort nochmals die Annahme des Antrages.

Damit ist die erste Lesung erledigt. Letzter Gegenstand ist die erste Lesung des von dem Abg. Pieschel beantragten Gesetzentwurfs betr. Ausführung der justizministerlichen Kabinettsordres in den Bemerkungen des Rechnungshofes des Deutschen Reiches zu den allgemeinen Rechnungen über den Reichs-Haushalt.

Die Beratung wird auf Antrag des Abg. v. Marquardsen, der mittheilt, daß der Antragsteller wegen schwerer Erkrankung seines Sohnes in seiner Heimath zurückgehalten wird, von der Tagesordnung abgesetzt, nachdem auch die Abgg. Letocha und Richter sich dafür ausgesprochen haben.

Präsident von Zevegow theilt mit, daß der Alterspräsident des Hauses, Abg. von Zettau (Df.), Vertreter für S. Königsberg, geboren 1810, heute Mittag 1 Uhr an den Folgen einer Lungenerkrankung im Augustahospital verstorben ist.

Der Präsident widmet ihm warme Worte des Nachrufs. Das Haus ehrt das Andenken an den Verstorbenen durch Erheben von den Sigen. Morgen um 1 Uhr wird für ihn in der Kirche des Augustahospitals eine Leichenfeier stattfinden.

Schluss gegen 3 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. (Dritte Lesung der Vorlagen betr. Geltung des Gerichtsverfassungsgesezes in Helgoland, betr. die Spionage und den Wucher. Zweite Lesung des Gesetzentwurfes wegen der Abzahlungsgeschäfte.)

Zur friedlichen Lösung der sozialen Frage

will nach den Schlussworten ihres Vorredners wieder einmal die Konfession der „Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-einrichtungen“ beizutragen haben, die Freitag und Sonnabend voriger Woche gleichzeitig mit den Choletaberauhungen im Reichstage hier stattfand. Zum Dirigenten der vor einiger Zeit neugegründeten „Zentralstelle für Wohlfahrts-einrichtungen“ hat sich bekanntlich der sächsische Professor Post hinaufgeschrieben, und zwar mit ein paar Wänden, in denen er die „Fürsorge“ der Fabrikanten für ihre Arbeiter preist. Unternehmervereine aus allen Gegenden haben sich der „Zentralstelle“ angeschlossen, und christliche Jünglingsvereine dazu. In ein paar weiteren, dieleibigen und jedes eigenen Gedankens baren Schriften der Zentralstelle hat dann der Professor Post seine Limonade über die Arbeiter-Wohnungsfrage und Anderes verzapft. In der vorwöchigen Konferenz redete man über „Nißs- und Unterstüßungs-laffen für Arbeiterfamilien“, sowie über „Fürsorge für Kinder und Jugendliche“, Pensionirte und aktive Beamte, die sich noch oben angenehm machen wollten, Kommerzienräthe und solche Industrielle, die noch keinen Titel haben, endlich die „wissenschaftlichen“ Schleppentäger jedes zufällig bestehenden Regimes, Schmoller, Cohn (Jülich) und Genossen bildeten das anscheinend sehr magere Publikum der Konferenz, des „bedeutendsten Sozialpolitikers des Deutschen Reichstags“, des Professorenkaplans Dize nicht zu vergessen! Man hätte den Berliner Arbeitern, um ihnen ein paar beilere Stündchen zu verschaffen, das Zuhören gestatten sollen. So hatte man sich als Ersatz ein paar lokale Werkmeister als „Arbeitervertreter“ bestellt. Und nun stößt die sozialpolitische Limonade in Strömen aus aller Munde, Gemeinplatz folgte auf Gemeinplatz, die ältesten sozialen Kochrezepte wurden wieder aufgewärmt, war doch die ganze Versammlung unbelastet von jedem tieferen sozialpolitischen Wissen — bis schließlich die Sozialdemokratie auch wieder auftauchte in dem Debatten und den wohlgenährten Herren mehrere bittere Zugeständnisse abnöthigte; daran allein merkte man, daß die Zeit und unsere Bewegung fortschreitet trotz allen Wohlfahrts-einrichtungen!

Der erste Gegenstand gestattete der Konferenz noch vergnüglih im leichten Wasser der selbstgefälligen Redseligkeit zu plätschern. Da machte der Ober-Volkstath Sydow kostige Mittheilungen über die Fürsorge für die Arbeiter in der Reichs-druckerei, die eine „effektive Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden“, „Nittwen- und Waisenlaffen“, „gehobene“ und „gewöhnliche“ Arbeiter mit Dreiviertel-, Zweidrittel- und Halbpension habe, und jetzt an ganze 48 Personen Pension zahle. Wie hoch die gezahlten Pensionen sind, wer „gehobener“ Arbeiter wird und wer „gewöhnlicher“ bleibt, sowie daß die sozialdemokratische Presse durch vielfache Veröffentlichungen über frühere Zustände in der Reichsdruckerei ihr vollgemessenen Theil an den für jeden Staatsbetrieb eigentlich selbstverständlichen Vorkehrungen hat, die da so unbeschrieben gerühmt wurden — davon steht freilich im Bericht des „Reichs-Anzeigers“, dem wir folgen, nichts zu lesen. Eine komische Note brachte der vorfessene Reichstagsabgeordnete Müller in die Besprechung, als er mittheilte, daß in seiner Fabrik „die meisten Arbeiter Sozialdemokraten, sogar mehrere sozialdemokratische Agitatoren“, die Verhältnisse der Fabrik aber „dank den Wohlfahrts-einrichtungen“ befriedigende wären. Komisch wirkt an dieser Mittheilung, mit der sich Müller vielleicht eine Stufe zu seiner Wiederwahl bauen will, die Beziehung zwischen Sozialdemokraten und Wohlfahrts-einrichtungen, die er herstellte. Daß die Verhältnisse in der Fabrik so „befriedigende“ sind, weil die Sozialdemokraten gewöhnlich am besten arbeiten, dieser Schluß liegt eigentlich noch näher; und außerdem ist es sehr erseullich, daß die wackere Sozialdemokratie auch in der Müller'schen Fabrik vor dem Seifenschäum der Wohlfahrts-einrichtungen guten Stand hält. Mehr traurig als komisch waren dagegen die beiden Reden, welche die Wertmeister Martin und Lange aus Berlin sich leisteten, und in denen sie auf die Sozialdemokratie losdonnerten, was das Zeug hielt, um sich ja als strebame und würdige Werkmeister zu legitimiren. Der Anblick solcher Verräther an dem Stand, aus dem sie hervorgegangen sind, ist stets tieftraurig. In dieser Weise wird er glücklicher Weise nicht oft geboten. Wenn die Herren Martin und Lange es für so dringend notwendig halten, daß die Arbeiter die Wohlfahrts-einrichtungen ihrer Herren Unternehmern auch noch mitbezahlen, so sollen sie doch ihren Gefühlen keinen Zwang anthun und ihrer Stellung angemessen doppelt mitsteuern; vielleicht vergeht ihnen dann der Geschnack an der Sache. Das würdige Paar gehört in eine Gallerie mit unserem bekannten Laktierer Zahn von der Staatsbahn-Verwaltung in Posen! Die Quintessenz dieser schönen Debatten über „Nißs- und Unterstüßungs-laffen für Arbeiterfamilien“ war dasjenige, was der Geheim Kommerzienrath Döckelhauser in seinem Refecrat verrieth, wahlrscheinlich weil er „Geheimer“ Rath ist: Die „großen“ Versicherungs-geseze des Reichs sorgen für den Arbeiter so erbärmlich, daß sie „er-gänzende Nißs-laffen geradezu notwendig machen“; und diese Nißs-laffen soll der Arbeiter mitbezahlen, statt daß sie der Unternehmer für den Mehrwerth unterhält, den er aus den Ar-



beistern herauspricht — das ist das Ergebnis der „Wohlfahrtskonferenz“ bezüglich dieses Punktes.

Etwas früher müßte allerdings der zweite Gegenstand behandelt werden — die Fürsorge für Kinder und Jugendliche. Hier steht der kapitalistischen Gesellschaft das Wasser schon bis an den Hals — sie züchtet sich alltäglich durch Zerspaltung der Familie und Verwahrlosung der Kinder ihre Verdreher selbst! Der Referent, ein frommer Pfarrer Drommer aus Köln, gab das zu; „die Eltern seien oft gar nicht in der Lage, sich um die Erziehung ihrer Kinder zu kümmern, da sie vom Morgen bis zum späten Abend außerhalb des Hauses arbeiten, um den Unterhalt für die Familie zu erwerben“. Der verflozene Abg. Möller kam insolge dessen zu einem ganz kräftig-lehrerischen Vorschlag: zur Kasernierung der Arbeiterkinder in großen Erziehungsanstalten! Was wird Eugen Richter dazu sagen, der diesen sozialistischen Vorschlag in seinen Zukunftsbildern ein für alle Male todgeschlagen zu haben glaubte? Das kommt davon, wenn man lauter Sozialdemokraten in der Fabrik hat, Herr Möller; die stecken am Ende noch gar den Fabrikdirektor an! Auch sonst noch bligte der ober jener vernünftige Gedanke durch; ein Fabrikdirektor Dr. Traue-Hamburg forderte die Freigabe des Sonnabendnachmittags für die Arbeiter und deren Familie, Fabrikbesitzer Freyse, der den „Staats-Anzeiger“ offenbar lange nicht gelesen hat, Verklärung der Arbeitszeit überhaupt, ein Dr. Petzong obligatorische Fortbildungsschulen, wie sie unsere Genossen für Berlin seit Jahren vergeblich verlangen, und ein Oberlehrer Dr. Meddersen-Bremen meinte, „die gesetzliche Fürsorge für die Jugend bedürfe überhaupt in vieler Beziehung“ der Ergänzung. Bis in diese gefälligen Kreise hat also unsere Bewegung schon gewirkt! Freilich dürfte die Debatte um keinen Preis in diesen kritischen Tönen auslingen! Pastor Dammer und Kaplan Hize, der offenbar den Befähigungsnachweis für seine sozialpolitische Pastoralprofessur erbringen wollte, gossen den breiten Betselbrei der christlichen Fürsorge über das Ganze; der erstere mit seinen katholischen Lehrlingsvereinen, die „ordentliche, gottesfürchtige und den sozialdemokratischen Verführungen nicht zugängliche Männer“ ausbilden, der letztere mit seiner Kloster- und Diakonissen-erziehung für die weibliche Jugend, mit der er sich freilich der sozialistischen „Kudersasene“ auch in recht jener vernünftige Weise nähert. Ein Stettiner Kommerzienrat erhob sich zum Schluß, um die bligste Salbung an der verwahrlosten Jugend zu vollziehen: „das Ideal für die Beaufsichtigung der Kinder sei die Fabrikbesitzerin; sie müsse Mutterstelle an den verlassenen Kindern der Fabrikarbeiter vertreten!“ Hoffentlich soll's wenigstens sein Sohn auf die Fabrikfabrikerei, um deren Folgen für die Arbeiterfamilien sich die gnädige Fabrikbesitzerin gewöhnlich den Teufel kümmert, gewesen sein! Aber so ging die Konferenz auseinander: mit einer Ahnung von dem Grauen, das „da unten“ herrscht, aber unfähig, sich auch nur zu einem platonischen Beschluß für bessere Schutzgesetzgebung in Fabrik und Schule aufzuschwingen.

Mancher, der's wirklich gut meint, mag ja unter dem großen Ganzen der Streber in und um die „Zentralstelle“ sein. Er sollte dann aber das Spiel nicht mehr mitmachen, das er jetzt doch erkannt haben muß. Die „Zentralstelle für Wohlfahrts-Einrichtungen“ und ihre Konferenzen sind eine Verlegenheitschöpfung an Stelle des Krusens, das zu thun wäre, das man aber nicht thun will. Deshalb wählt man auch Schlagworte, wie „die friedliche Lösung der sozialen Frage“, um mit dieser Plagge die Hohlheit des Instituts zu verdecken. Wenn die soziale Frage „gelöst“ wird, so ist die „Zentralstelle“ sicher unschuldig daran! —

## Kokales.

Der Vertrauensmann des 1. Wahlkreises, Genosse A. Taterow, wohnt jetzt Zimmerstr. 95/96, 2. Hof, 2. Eingang, 2 Treppen.

Der sechste „Gesamtsbericht über das Sanitäts- und Medizinalloteren in der Stadt Berlin während der Jahre 1889, 90 und 91“, herausgegeben von den beim Polizeipräsidium thätigen Regierungsrath und Medizinalrath Dr. A. Weirich und Medizinalassessor Dr. Wehmer ist soeben erschienen. Ein großer Theil dieses umfangreichen Werkes ist der Ueberwachung des Verkehrs mit Nahrungsmitteln gewidmet. Die chemischen und mikroskopischen Untersuchungen erfolgen durch den Chemiker Dr. Bischoff, die Fleischuntersuchungen geschehen in den öffentlichen Schlachthäusern durch städtische Thierärzte, in dem polizeilichen Schlachthaus des Zentralviehhofes durch polizeiliche Thierärzte, welche Lehrlere auch in der Zentral-Nachschlächtere die Fleischkontrolle ausüben. Das von außerhalb eingebrachte Fleisch wird von städtischen Thierärzten in den sechs städtischen Untersuchungsstationen untersucht, die Fleischuntersuchung in den Markthallen durch polizeiliche Thierärzte und Beamte der Marktpolizei bewirkt. In den drei Jahren 1889—91 wurden im ganzen 12 958 Proben untersucht, davon wurden 2198 beanstandet. Auf 617 gestellte Strafanträge hin erfolgten 522 Bestrafungen. In Markthallen, auf Märkten u. wurden in den drei Jahren beschlagnahmt: In 4392 Fällen 161 065,6 kg Nahrungsmittel und zwar: 25 376,7 kg Fleisch, 15 727,60 kg Wild, 10 026 kg Geflügel und 109 933,7 kg Fische. Es ist ein erheblicher Rückgang in den Beschlagnahmungen frischen Fleisches eingetreten, der zweifellos auf den günstigen Einfluß der Fleischsanitätsführer sein dürfte. Dagegen hat eine Zunahme in Beschlagnahmungen von verdorbenen Würst und verdorbenen Seefischen stattgefunden. Besonders häufig wurden gefärbte Würste, die zum größten Theil aus Thüringen stammten, beanstandet. Auch sonst müßte häufig Würst aus dem Verkehr gezogen werden, theils weil sie mit Pferdefleisch vermischt, theils weil sie verdorben war. — Die erhebliche Zunahme in der Beschlagnahme von Seefischen findet eine Erklärung dadurch, daß nach Einrichtung der Markthallen der Umfah mit frischen Seefischen, besonders mit den billigeren Arten, vor allem mit frischen Häringen in Berlin bedeutend zugenommen hat. — Milchkontrollen fanden in den Jahren 1889/91 60 432 statt; bei denselben wurden 12 818 Liter Milch beanstandet und 2899 Uebertretungen festgestellt. — In der Berichtzeit wurden ferner 1704 Butterproben entnommen, 895 mal fanden Verstöße von Butterhändlern statt. — Was die Bierverhältnisse betrifft, so erwiesen sich Weißbier, ferner Lössener, Werder und Gräzer Bier häufig durch Wasser vermischt. Im Ganzen wurden in der Berichtzeit 79 Bierverleger bestraft. — Im Laufe der drei Berichtsjahre sind von den verschiedenen Nahrungsmitteln im Ganzen 12 958 Proben angekauft und 617 der Staatsanwaltschaft zur weiteren Veranlassung überwiesen worden.

Konfiszirt. Auf grund der §§ 130 und 41 des Reichsstrafgesetzes wurde Dienstag Abend 1/8 Uhr die Nr. 18 des „Sozialist“ in den Räumen der Druckerei, Alte Jakobstr. 91, konfiszirt wegen des Artikels „Kapital und Arbeit“. Gefunden wurden nur noch drei Exemplare.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Sangesbrüder! Genossen! Die gemeinsame Uebungsstunde der Gesangsvereine, welche am 1. Mai in Weimanns Volksgarten (Gesundbrunnen) mitwirken, findet am Freitag, den 28. April, Abends 9 Uhr bei Keller, Bergstr. 68, statt. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

Ueber einen Mordversuch des Malers R. Farr gegen seine Frau brachten wir in der Sonnabend-Nummer den Bericht eines Reporters. Herr Farr bestreitet in einer Zuschrift, daß ein solcher stattgefunden, wenn er auch an dem betreffenden Abend einen Wortwechsel mit seiner Frau gehabt, mit der er übrigens

in guten Einvernehmen lebe. Er wohne noch in seiner bisherigen Wohnung, und sei daher die Nachricht, daß er verhaftet worden sei, falsch.

Das Gerichtsverfahren gegen den Weissenfeer Pastor Jürgen Har der ist nunmehr endgültig eingestellt worden, nachdem die gerichtsarztliche Untersuchung seines Geisteszustandes Unzurechnungsfähigkeit ergeben hat.

Herr Paul Krause, Blumenstraße 52, ersucht uns, mitzutheilen, daß er mit dem Paul Krause, welcher den gestern berichteten räuberischen Ueberfall in Ober-Schönweide verübte, nicht identisch, auch noch niemals gerichtlich bestraft sei.

Im jüdischen Krankenhause verstarb am Montag die 43jährige Kaufmannsrau A., deren Tod allen Jahnlenden eine dringende Warnung sein möge. Die Verstorbene nahm, trotzdem sie lange an Zahnschmerzen gelitten hatte, die Hilfe eines Zahnarztes erst in Anspruch, als bereits eine sehr starke Eiterung eingetreten war. Der Arzt zog in voriger Woche Frau A. den schmerzenden Zahn, forderte jedoch die Leidende auf, sofort die Hilfe eines Chirurgen in Anspruch zu nehmen, da die Eiterung des Oberkiefers so weit vorgeschritten war, daß eine ernste Gefahr für das Leben der Patientin vorläge. Aus Furcht vor einer Operation besorgte Frau A. aber erst Tags darauf die Weisung, doch waren zu jener Zeit schon die chirurgischen Einschnitte, die auf operativem Wege gemacht wurden, vergeblich. Die A. wurde nun nach dem jüdischen Krankenhause geschafft, wo auch eine umfangreiche Operation, durch medizinische Kapazitäten ausgeführt, der Verstorbenen keine Rettung mehr gewährte. Die infolge der Eiterung herbeigeführte Blutvergiftung veranlaßte einen qualvollen Tod.

Auf dem Sterbebette getraut wurde wenige Stunden vor seinem Tode der Gastwirth Brandenburg, Doppelstr. 21. Er war zweimal verheiratet und zweimal Wittwer geworden und betrieb in den letzten Jahren sein Geschäft mit Hilfe eines Dienstmädchens, das ihn auch während seines andauernden Leidens an Krebs selbstlos pflegte. Am Sonnabend schloß er sein Ende nahen und ließ das Mädchen an sein Sterbebett rufen. Ohne das die Magd darauf vorbereitet war, erklärte er ihr, daß sein Tod bevorstehe und bot ihr in anbetendster Liebeseigenen Pflege und ihres guten Verhaltens gegenüber seinem zwölfjährigen Sohne seine Hand an. Das Mädchen willigte ein, die handelsmännliche Trauung erfolgte, und nach kurzer Zeit verschied Brandenburg in den Armen seiner jungen Frau, der er ein hübsches Vermögen hinterließ.

Mit einer Stirnverletzung tödtet aufgefunden wurde am 25. d. M., Morgens um 3 Uhr, durch seine Ehefrau der fünfzig Jahre alte Kellner Franz Wolter auf einem Treppentritt des Seitenflügels Chausseestraße. Ein hinzugezogener Arzt konnte nur den Tod feststellen, nicht aber die Todesursache erkennen. Allem Anscheine nach liegt die Schuld eines Dritten nicht vor; vielmehr muß angenommen werden, daß Wolter aus irgend welcher Veranlassung von der Treppe gestürzt ist und so den Tod gefunden hat. Die Leiche ist — wahrscheinlich zur völligen Aufklärung des Sachverhaltes — vorläufig durch das achte Polizeirevier beschlagnahmt worden.

Am 24. d. M., um 9 1/2 Uhr Vormittags, die siebenundfünfzig Jahre alte Arbeiterwitwe Karoline Sahn. Sie hatte auf ihrer Arbeitstheke in der Artilleriekaserne in der Kruppstraße ein Stück Fleisch heruntergeschluckt, das in der Luftrohre stecken blieb und nicht gleich entfernt werden konnte. Frau Sahn wurde nach ihrer Wohnung Schulstr. 61 gebracht, wo die Röhre gänzlich zuschwoll und den Tod herbeiführte.

Mit Bezug auf die verschundene Tochter des Schlächtermeisters Weber verbreitete sich das Gerücht, daß sie ermordet und bei Seite geschafft worden sei; den Thäter habe man bereits ergriffen. Richtig ist, daß der in dem Hause Ballaststraße 2 wohnende verheiratete Tischergeselle Chronste wegen Verdachtes, minderjährige Mädchen zu unlauteren Zwecken verschleppt zu haben, am Montag in Tempelhofer Gefängnis genommen wurde. Da seine Wohnung in der Nähe der Weberschen gelegen ist, so lag der Gedanke nahe, daß er auch an dem Verschwinden der Hedwig Weber die Schuld trage. Chronste bestritt mit Entschiedenheit die ihm zur Last gelegten Unthaten, und bis jetzt ist auch kein Beweis dafür erbracht worden, daß er mit dem Verschwinden der kleinen Weber in Verbindung steht. Der Vater des Mädchens wird über den Verbleib desselben in geradezu frivoler Weise irreführt. Vor einigen Tagen ging ihm ein Brief ohne Unterschrift zu, in dem behauptet wurde, daß ein Gastwirth M. über den Aufenthalt seines Kindes nähere Angaben machen könne. Voller Hoffnung eilte Weber dorthin, um zu erfahren, daß eine abschließliche Aufklärung vorliege. Da die Leiche der Kleinen noch nicht aufgefunden ist, so dürfte die Annahme nicht von der Hand zu weisen sein, daß Hedwig Weber sich noch am Leben befindet.

Aus dem Krankenhause entlassen ist nunmehr der Schlächter Ferdinand Karauk, der am 13. d. M. auf der Königschauffee durch unbekannte Hände in der gemeldeten schrecklichen Weise verletzt wurde. Wenn er auch noch nicht imstande sein dürfte, im vollen Umfange seine Beschäftigung wieder aufzunehmen, so war es doch sein Wunsch, das Krankenhaus zu verlassen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich heute in der Frankfurter-Allee 118, an welchem Hause Malergehilfen an der Fassade arbeiteten. Während der Gehilfe Kuban auf der obersten Sprosse einer schadhaften Leiter stand, brach diese und er stürzte 9 1/2 Meter auf das Pflaster herab. Er hatte so schwere Verletzungen erlitten, daß er nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden mußte.

Marktpreise in Berlin am 25. April, nach Ermittlungen des königlichen Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 16,40—16,10 M., mittlerer von 16,00—15,80 M., geringere von 15,70—15,40 M., Roggen per 100 Kg. guter von 15,90 bis 15,60 M., mittlerer von 15,50—15,20 M., geringere von 15,20 bis 15,00 M., Gerste per 100 Kg. gute von 17,50—16,80 M., mittlere von 16,20—15,10 M., geringe von 15,00—14,80 M., Hafer per 100 Kg. guter von 16,00—15,50 M., mittlerer von 15,40—15,00 M., geringere von 14,90 bis 14,40 M., Stroh, Nicht- per 100 Kg. von 5,15—4,50 M., Heu per 100 Kg. von 7,20 bis 5,20 M., Erbsen, gelbe zum Kochen per 100 Kg. von 40,00—24,00 M., Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M., Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 30,00 M., Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00—4,00 M., Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,20 M., Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,80—1,00 M., Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,60—1,20 M., Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,80 M., Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50—0,90 M., Butter per 1 Kg. von 2,80—1,80 M., Eier per 60 Stück von 4,00—2,40 M., Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M., Aale von 3,00 bis 1,40 M., Jander von 2,40—1,00 M., Hechte von 1,50—1,00 M., Barsche von 1,60—0,60 M., Schleie von 2,40—1,00 M., Bleie von 1,40 bis 0,80 M., Krebse per 60 Stück von 12,00—2,50 M.

Polizeibericht. In der Nacht zum 25. d. M. fiel ein Kellner anscheinend in der Trunkenheit im Hause Chausseestr. 31 von der Treppe und erlitt eine so schwere Verletzung am Kopfe, daß er auf der Stelle verstarb. — Am 25. d. M., Vormittags, sprang eine Frau gegenüber dem Grundstücke Halesches Ufer 1 in den Landwehrkanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach ihrer Wohnung gebracht. — In seiner Wohnung, in der Gitschinerstraße, wurde ein Maurer erhängt

vorgefunden. — Auf dem Güterbahnhofe der königlichen Ostbahn fiel ein Arbeiter beim Abladen von Brettern von einer Lowry von dieser herab und erlitt anscheinend schwere innere Verletzungen, so daß er nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Nachmittags fiel ein Anstreicher vor dem Hause Frankfurter Allee 118 von einer Stehleiter und erlitt so bedeutende Verletzungen am Kopfe, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhause am Friedrichshain erforderlich wurde. — Vor dem Hause Blücherplatz 2 fiel ein Tischler in der Trunkenheit zur Erde und brach den Fuß. Er wurde nach dem Krankenhause am Urban gebracht. — Abends wurde ein Kaufmann vor dem Hause Mauerstr. 17 durch einen Bierwagen überfahren und am Kopfe und an der Schulter so bedeutend verletzt, daß er nach der Charité gebracht werden mußte. — Im Laufe des Tages fanden vier kleine Brände statt.

## Gerichts-Beifung.

Ein Erbschaftsschwindel, der schon einmal das Schwurgericht beschäftigt hat, unterlag gestern der Prüfung der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Die Kellnerin Bertha Hauenstein war im vorigen Jahre in einer Restauration in der Oranienburgerstraße beschäftigt. Bald gerieth sie bei den dort verkehrenden Gästen in den Ruf, daß sie eine reiche Erbin sei. Der 25jährige Kommissar Walter Lomnich knüpfte mit ihr ein Verhältnis an. Die Hauenstein erzählte ihm, daß sie aus guter Familie, aber von ihren Eltern verstoßen sei, weil sie in ihrem Heimathsorte mit einem jungen Manne ein Liebesverhältnis angeknüpft habe. Kürzlich sei ihr eine Erbschaft von über 50 000 M. zugefallen. Sie zeigte dem Kommissar einen Postanweisungsschnitt über 878 M. und erklärte, daß dies vierteljährliche Zinsen seien. Lomnich versprach ihr hierauf die Ehe, die Hauenstein gab ihre Stellung auf und beide bezogen eine gemeinsame Wohnung. Keiner von ihnen besaß Baarmittel, die Hauenstein vertrittete ihren Bräutigam auf die nächsten Zinsen und war außerdem erbötig, die angebliche Erbschaft, die erst nach etwa Jahresfrist zur Auszahlung gelangen sollte, sofort zu verankern. Thatsächlich hatte sie aber irgend eine Auszahlung gar nicht zu erwarten, die ihr zugefallene kleine Erbschaft bestand aus den 878 M., die ihr bereits durch Postanweisung zugegangen waren. Einem Tage veranlaßte die Hauenstein den Kommissar ein Schreiben aufzusetzen, worin die zuständige Gerichtsschreiberei der Hauenstein beschwörte, daß sie nach Ausweis von Akten berechtigt über ein Vermögen von etwa 50 000 M. zu verfügen haben würde. Sie bat ihn dann, sie nach der Neuen Friedrichstraße zu begleiten, wo sie das Schreiben beglaubigen lassen wollte. Lomnich wartete hier auf der Straße. Die Hauenstein begab sich ins Gebäude, ging ins Botenzimmer und erklärte dem anwesenden Gerichtsdienere, daß sie in ihrer Erbschaftssache eine Auskunft erbitten wolle. Während der Beamte ins Nebenzimmer ging, um die Hauenstein anzumelden, drückte diese schnell einen auf dem Tische liegenden Stempel unter das mitgebrachte Schriftstück. Dem zurückkehrenden Gerichtsdienere erklärte sie, daß sie wiederkommen wolle und entfernte sich dann. Auf grund des anscheinend amtlichen Schriftstückes haben Kommissar und die Hauenstein von verschiedenen Personen Kredit erhalten, Lomnich ist auch mit mehreren Geldleuten in Verbindung getreten, um die ganze Erbschaft zu verkaufen. Als der Schwindel an's Tageslicht kam, wurden beide verhaftet, da angenommen wurde, daß Lomnich nie an das Mädchen von der Erbschaft geglaubt habe. Das Schwurgericht hielt den damals Mitangeklagten Lomnich von der Hauenstein ebenfalls für getäuscht und verurtheilte nur die Angeklagte Hauenstein zu sechs Monaten Gefängnis. Im gestrigen Termine handelte es sich noch um einige Betrugsfälle, welche auf grund des gefälschten Schriftstückes von Lomnich und der Hauenstein gemeinsam begangen sein sollten. Der erstere wurde wiederum freigesprochen, die Hauenstein erhielt eine Zusatzstrafe von vier Monaten Gefängnis.

Eine vor fünf Jahren begangene Urkundenfälschung führte gestern den Restaurateur August Langer vor die dritte Strafkammer des Landgerichts I. Im Mai 1888 kaufte der Angeklagte von dem Major A. v. Bagenitz dessen in der Schönhauser Allee gelegenes Grundstück. Er hatte 8000 M. Restkaufgeld zu verzinsen. Die Zinsen sollten erst vom 1. Juli 1888 berechnet werden und war die erste Rate somit am 1. Oktober desselben Jahres fällig. Anfang Oktober erschien Langer persönlich bei dem in Charlottenburg wohnenden Gläubiger, Frau Major v. B., nahm das Geld in Empfang und stellte darüber eine Quittung aus. An allen späteren Fälligkeitsterminen zahlte Langer die Zinsen durch die Post. Im vorigen Jahre trat Langer plötzlich mit der Behauptung auf, daß er die Zinsen bisher nicht postnumerando, sondern pränumerando bezahlt habe. Die Major von B.'chen Eheleute bestritten dies entschieden. Langer zeigte nun eine Quittung vor, die thatsächlich die Zahl 5.7. 1888 als Ausstellungsdatum trug. Langer mußte demnach die Zinsen für das dritte Quartal 1888 schon im Voraus bezahlt haben. Wie der gerichtliche Sachverständige Dr. Jeserich im gestrigen Termine begutachtete, war das Datum gefälscht. Aus der Zahl 10 sei durch Zusammenziehen eine 7 gemacht worden. Der Gerichtshof erlangte auch durch die übrige Beweisaufnahme die Ueberzeugung, daß der Angeklagte die Fälschung in gewinnfälliger Absicht begangen habe, und verurtheilte ihn zu sechs Monaten Gefängnis.

Am 26. April fand vor dem Landgericht II die Verhandlung gegen die Genossen Beyer, Kieß, Scharenberg, Wäcker, Wernicke und Unter in Charlottenburg wegen Uebertretung des Gesetzes vom 11. März 1850 (Bereindgesetz) statt. Der Anwalt Pöschel hatte gegen das freisprechende Urtheil des Schöffengerichts vom 23. Jan. 1893 Berufung eingelegt mit der Begründung, daß in der Mitglieder-Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins vom 11. Oktober 1892, für welche die rechtzeitig Anmeldung nicht erfolgt war, öffentliche Angelegenheiten erörtert worden seien. Da es jedoch an jedem Beweise für letzteres fehlte, erfolgte auf Antrag des Staatsanwalts selbst kostenlose Freisprechung.

Vor dem Schöffengericht wurde heute wieder ein Prozeß gegen einen Dissidenten verhandelt wegen der Nichtbetheiligung seines Sohnes am christlichen Religionsunterricht. Der Weber Alfred Rosenkrantz in Himmelsburg wurde wegen dieser Uebertretung und zwar in sechs Fällen zu 80 M. Geldstrafe event. 12 Tage Haft verurtheilt. Der Anwalt hatte nur 6 M. Geldstrafe beantragt.

Vor der 4. Strafkammer des hiesigen Landgerichts wird seit 8 Tagen der Prozeß gegen den Bankier Hugo Löwy verhandelt. Derselbe war bereits im Oktober v. J. wegen einfachen Bankrotts, Betrages in 2 Fällen und Unterschlagung, sowie wegen Steuervergehens zu 2 Jahren 6 Monate Gefängnis, ferner zu 2575 M. Geldbuße verurtheilt. Auf erfolgte Revision wurde das Urtheil, soweit es sich um die Frage des Bankrotts und Betrages handelt aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht zurückgewiesen. Wir haben bereits bei der ersten Verhandlung über die Schwindlerlaufbahn, welche der Angeklagte in Frankreich, Oesterreich und andern Ländern durchgemacht, berichtet. Heute wurde die Verhandlung vor dem Landgericht beendet. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten wegen Unterschlagung in 7 Fällen zu 2 Jahren 9 Monaten Gefängnis und rechnete neun Monate als verbüßt an. Der Punkt des Bankrotts wurde an das Schwurgericht verwiesen, da nach Ansicht des Gerichtshofes der Angeklagte des betrügerischen Bankrotts hinreichend verdächtig erscheint.







Zahl der Alterrentner in Schlesien in Verhältnis zur Bevölkerung. — Zur Statistik des Gewerbeberichts in Hanau a. M. — Konferenz der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtsvereinigungen. — Zum Volksschulwesen in Preußen. — Zulassung der Frauen zu pharmazeutischen Studien. — Die Wiener Volksbibliothek. — Straßhaus-Arbeit in Preußen. — Abdruck sämtlicher Artikel ist Zeitungen und Zeitschriften gestattet, jedoch nur mit Angabe der Quelle.

### Briefkasten der Redaktion.

**C-i.** Wir freuen und Ihre entschiedenen Stellungnahme für die Sozialdemokratie, die Sie kundgeben, obwohl Sie gläubiger Katholik sind. Die Religion ist allerdings im Programm unserer Partei Privatangelegenheit; Sie sind aber im Irrtum, wenn Sie in der Auslassung des Papstes gegen die Maifeier nur die persönliche Ansicht des Papstes erblicken. Zudem er Sie in der Euzipitika ausdrückt, also in der offiziellsten Form, ex cathedra, erhebt er seine Auslassung zu einem Ausspruch der Kirche selbst.

**R. Wittich.** Zu Thränen gerührt durch die verbindliche Form Ihres Schreibens leihen wir hiermit in tiefster Demuth Abbitte für die begangenen Sünden und versprechen Ihnen feierlich, daß Sie nicht wieder belästigt werden sollen.

**S. W.** 1. Ein Bayer wird ohne ausdrückliche Naturalisation nicht Preuze; Steuerzahlen genügt nicht. 2. Die Kosten der

Nachfahrt werden wohl in den Etat eingestellt werden, wie das bei ähnlichen Reisen geschah.

**Warumünde.** Eine solche gesetzliche Bestimmung existiert leider nicht. Ein Versammlungsurteil ergeht nur, wenn die in der Lage angeführten Thatsachen den Klage-Anspruch selbst rechtfertigen. Beantragen Sie, um die Gründe kennen zu lernen, Ihnen eine Urteilsabschrift zu ertheilen.

**K. J. B. 100.** Unseres Erachtens liegt darin keine Verleumdung, daß der den Lehrern vertretende Geselle dem Lehrling deshalb einen „Rakeukopf“ giebt, weil dieser ihn gefragt hat, ob er ein „Bogel“ habe. Beantragen Sie wegen der dummen Frage des Lehrlings Kompensation. Mehr als 10 Mark Strafe wird wohl keineswegs der Richter, wenn er überhaupt verurteilt, verhängen.

**H. S. 99.** Bierverkauf ohne Konzession ist nicht erlaubt, falls das Bier an Ort und Stelle genossen wird. Der einfache Flaschenbierverkauf ist von keiner Konzession abhängig.

**J. Todtmann.** Wenden Sie sich an das Gewerbegericht Stralauerstr. 3. Dort wird Ihre Klage zwischen 8 und 9 Uhr entgegengenommen.

**S. St. 61a.** Ihr Gedicht ist nicht für uns verwendbar und steht zu Ihrer Verfügung.

**102 J. N.** Wenn ein Arbeiter den Chef beschließt und deshalb entlassen wird, so hat der Chef das Recht, den Lohn gegen seinen Schadensersatz-Anspruch zu verrechnen und einzubehalten.

**Einstecker.** 1. Die Mutter haftet nur für die zweifels Unterhalts des unmündigen Sohnes notwendig gewordenen Schulden. 2. Lohnbeschlagnahme wegen Miethsforderung oder Kofgeld ist unzulässig.

**M. B. 100.** Zurückverlangen kann man allerdings Geschenke, die innerhalb sechs Monaten von Zustellung der Klage ab hingegeben sind. Wegen des Verlangens kann aber seitens des Mädchens, das sich Ihnen hingegeben hat, der Einwand erhoben werden, daß die Rückforderung ruppig und daß die Geschenke als Entgelt für die Hingabe oder als Bekräftigung eines Gewerprechens gegeben sind. Der Einwand der Ruppigkeit ist erfolglos, die anderen würden, falls ihre tatsächliche Unterlage erwiesen wird, Abweisung der Klage herbeiführen.

**G. T. 17.** 1. Natürlich muß der Schurke, der einem Mädchen vorredet, er sei nicht verheiratet, und sie dadurch zur Gewährung des Weislaßes veranlaßt, auch dann Alimentation zahlen, wenn er verheiratet ist. 2. Wenden Sie sich an die Anstalt in der Fingelstraße, oder an die in der Dorotheenstraße bei der Universitätsstraße.

### Briefkasten der Expedition.

**J. S.** Bruch bei Recklinghausen. Reiseblatt bereits abgehandelt. Die Expedition der „Gazeta robotnica“ ist jetzt Berlin S. O., Oranienstr. 54, Hof 1, Buchdruckerei von Janiszewski u. Quitt.

### Achtung! 4. Wahlkreis, Osten. Achtung!

Die **Maifeier** für den 4. Wahlkreis (Osten) findet den 1. Mai, Nachmittags 4 Uhr, in folgenden Lokalen statt:

**Brauerei Friedrichshain, Elysium und Königsbank.**

Gillets à 30 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen und bei den Vertrauenspersonen R. Wogels, Fruchtstr. 30, und H. Baumgarten, Posenstr. 4, zu haben.

Das Komitee.

### 4. Berl. Reichstags-Wahlkr. (Südost).

Montag, den 1. Mai:

## Grosse Maifeier

in den Lokalen 349/8

**Konkordia-Festsäle und Sanssouci,**

Andreasstr. 64 Kottbuserstr. 4a

bestehend in Vokal- und Instrumental-Konzert, Vorträgen ernstern und heiteren Inhalts, lebenden Bildern.

Punkt 9 Uhr: **Festreden.**

**Großer Ball.**

Die Festteilnehmer erhalten die Mai-Zeitung gratis.

Entrees 30 Pf.

Das Komitee.

### Stralau-Rummelsburg.

## Maifeier.

Montag, den 1. Mai, Abends 6<sup>1/2</sup> Uhr,

### Öffentliche Volks-Versammlung im Saale der Gräulich Reichschach'schen Brauerei.

Tages-Ordnung:

1. Die Bedeutung des 1. Mai. Referent Genosse Fruns. 2. Diskussion. 3. Bericht der Revisoren und des Vertrauensmannes von Rummelsburg. Zur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben.

Nach der Versammlung:

### Tanz und Gesangsvorträge.

Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. extra. Da die Versammlung pünktlich eröffnet wird, bitten wir die Genossen recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

396/18

Die Vertrauenspersonen.

### Berliner Spar- und Bauverein

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).

Den geehrten Genossen bringt der unterzeichnete Vorstand zur Kenntnis, daß die Statutengemäße

### erste General-Versammlung

am Sonntag, den 7. Mai cr., Vormittags 10 Uhr,

im Saale des Handwerker-Vereins, Sophienstr. 15.

statifindet.

Tages-Ordnung:

1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes.

2. Wahl des Aufsichtsrathes.

3. Verschiedenes.

3591b

Zu dieser Generalversammlung haben nur Genossen Zutritt. Legitimation: Quittungsbuch. Des weiteren giebt der Vorstand bekannt, daß von heute ab die Jahresabrechnung im Geschäftslokale der Genossenschaft, Postenstraße 10, zur Einsicht für die Genossen ausliegt. Außerdem wird dieselbe mit der Einladung zur Generalversammlung den Genossen noch direkt zugesandt werden.

Berlin, den 26. April 1893.

Der Vorstand des Berliner Spar- und Bauvereins

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).

Johann F. Martin. Robert Lange.

### Achtung! Steinmehlen. Achtung!

Am Sonntag, den 30. April, Vorm. 10 Uhr, im Lokal des Herrn Müller, Johannistraße Nr. 20:

### Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung des Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission. 2. Wahl der Delegierten zum nächstfolgenden Steinmeh-Kongress. 3. Verschiedenes. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

286,9

Der Vertrauensmann.

### Möbel u. Polsterwaaren Aug. Herold,

Oranienstr. 83/84.

Meine gegen Frau Marie Hellwig

ausgestohene Beleidigung nehme hiermit

zurück. [35955] Fejerski.

Neue Kofstr. 3. Jahrgang Cohn.

Schmerzlos: Zahnziehen von 1.-M.

Fällen u. Zahnerfab. Theilzahlung.

Poliklinik. 86331.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlin

Andreasstr. 23. Sp

Pfandleihe Postenstr. 35. [31866]

### Achtung, Putzer (Maurer).

Montag, 1. Mai, Vorm. 10 Uhr, in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee: 244/16

## Große öffentliche Versammlung

der Putzer und Berufsgenossen Berlins u. Umg. mit Frauen.

Tages-Ordnung:

1. Die Bedeutung des 1. Mai. Referent Dr. Pinn. 2. Gewerkschaftliches. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vertrauensmann. F. Grätsche, Lübbenerstr. 26.

### Achtung, Brauerei-Hilfsarbeiter!

Sonnabend, 29. April, Ab. 8<sup>1/2</sup> Uhr, in den Konkordia-Festsälen, Andreasstr. 64:

## Große öffentliche Versammlung

sämtlicher in den Brauereibetrieben Berlins und Umgegend beschäftigten Hilfsarbeiter, Bierfahrer, Mithfahrer, Gofarbeiter, Feiler, Maschinenisten etc.

Tages-Ordnung: 1. Die Wahrung der Brauerei-Hilfsarbeiter im Flaschenkeller der Unionsbrauerei. 2. Die Gründung einer Organisation. 3. Brauer-Kongress in Nürnberg. 89/3

Das Erscheinen der Brauer und Böttcher in dieser Versammlung ist dringend notwendig. Der Einberufer.

### Große öffentliche Versammlung

sämtlicher

## Dienst-Droschkenkutscher Berlins

und Umgegend

morgen, Freitag, den 28. d. M., Abends 9 Uhr, im „Leenpalast“, Burg- und Wofgangstraßen-Gär.

Siehe morgen, Freitag Säulenanschlag.

Tages-Ordnung:

1. Die wirtschaftliche Lage im Deutschen Reich und im Auslande. Referent Reichstags-Abgeordneter Fritz Kunert. 2. Entgeltliche Beschäftigung über die Durchführung des aufgestellten Lohnsatzes im Taxameter-Droschkengewerbe bezw. die Arbeitsverhältnisse in demselben am 1. Mai. Referent Kollege W. Schütte. 3. Diskussion.

Die geehrten Herren Kollegen, insbesondere diejenigen, welche eine Droschke mit „Taxameter“ fahren, sind freundlichst eingeladen und werden dieselben hierdurch ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. — Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. pro Person erhoben.

Mit kollegialem Gruß: 3595b

Das Agitationskomitee. J. A.: A. Stiller, Droschkenkutscher, Lübbenerstraße 4.

Am Sonnabend, den 29. April, in Wille's Lokal (früher Schirmacher), Andreasstraße 26:

## Tanz-Kränzchen,

verbunden mit Gesangs- und humoristischen Vorträgen, veranstaltet vom Gesangsverein „Bruderherz“.

Anfang 8 Uhr.

Der Heberschuh ist zum wohlthätigen Zweck bestimmt. Billeis, Herren 30 Pf., Damen 20 Pf., sind beim Vorstand Albin Fischer, Barnimstraße 1, Carl Stellmacher, Rüdersdorferstraße 7, und im benannten Lokal zu haben. 158/11

### Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 8806L

am diesigen Plage wie bekannt

grösste Auswahl!

Garantie für sicheren Brand.

Streng reelle Bedienung, billigste

Preise! Sämtliche im Handel

besindl. Rohabake sind am Lager.

A. Goldschmidt,

Oranienburgerstr. 2.

### 27. Marktgrafenstr. 27.

Damenmäntel und Jaquetts 2,50,

3, 4 M. Pelzinen 1, 2, 3 M. die

elegantesten. 40588

### Armin Latter.

## Nachtigallen

schlagend, 8 Mark.

Schnelle, Etalierstr. 182.

Jede Uhr unter Garantie

sofort bei mir

zu reparieren

(außer Bruch) 1,50 Mk.

Kleine Reparaturen entsprechend billiger.

Uhren, Gold- u. Silberwaaren

Maunynstr. 38,

C. Wunsch, a. d. Oranienplatz

Meyer's Lexikon, 4. Aufl., 17 Bände,

uneingebunden für 36 M. zu verkaufen

bei E. Reich, Grünauerstr. 10. 8577b

Schlaf. bei Kase, Belfortstr. 23,

Hof 2 Tr. 3594b

Verkaufe sof. mein Restaurant (voll

Schankkonzession). 201M\*

Wwe. Woche, Landsbergerstr. 28.

Täglich Jungbier-Verkauf à Liter

10 Pf. Rolden, Müggelheimer-

straße 3. 40932\*

Kinderwagen-

Bazar,

Jerusalemstr. 42

u. Brunnenstr. 6.

Großartig. Auswahl

jeder Art, billigste

Preise. Viele Aner-

kennungen. Musterbuch grat. u. franko.

(Nach Theilzahlung.) 86912\*

Zu verl. u. Posamentier-Geschäft.

Nab. Bernauerstr. 47a, 4 Treppen, bei

Schulz. 3539b

Kinderwagen, größtes Lager, bestes

Material, auch Theilzahlung, nur allein

Oranienstr. 3 im Korngeschäft.

Ein guterhalt. Bräd. Kinderwagen ist

billig zu verkaufen b. Gerstner, August-

straße 19, S. r. 4 Tr. 3579b

Eine Schlafst. (sep. Eing.) Fr. 8 M.

pro Monat z. 1. Mai z. verm. Reich-

bergerstraße 37, v. 1 Tr. b. Schulze.

Eine freundliche Schlafstelle (separat.

Eingang) bei Stabl, Straußberger-

straße 27, zu vermieten. 3574b

Fedel möbl. Schlafst. f. 2 Her. z. verm.

b. Frau Diem, Manteuffelstr. 88, v. III.

Möbl. Schlafst. f. 1 Her., sep. Eing.,

zu vermieten bei Rupprecht, Adolbert-

straße 84, 4 Tr. 3581b

### Achtung, Sangesbrüder!

Die Herren Berthold Steinert, Tischler, Rüdersdorferstr. 18, und Paul Wegner, Drechsler, Grüner Weg 18, sind ihren Verpflichtungen gegen den Gesangsverein Jenseburg noch nicht nachgekommen, trotz mehrfacher Aufforderung, und geben wir dieselben hiermit bekannt.

J. A.: Der Vorstand des Gesangsvereins Jenseburg.

(M. d. A. S. B.) 3584b

Maitrank Flasche 60 Pfg.,

Spiritus Liter 32 Pfg.

Himbeersaft (ohne Stärkegrup),

40888\* Str. 1,50 Mk.

Franz Beyer,

Chauffeestr. 103.

Sämtl. Weine zu Großpreis.

Ein grosser Posten

## Steppdecken

echt Wollatlas (reine Wolle)

Größe 150 x 200, Stück 7,50 M.

circa 1000 Stück schwere bunfarbige

Normal-Schlafdecken

mit kleinen Maschinenflecken, in

reizenden Jacquard-Mustern, Größe

150 x 200 cm.

per Stück 4,50 M. sonstiger

Preis 9 M.

Meine illustrierte Preisliste über hoch-

feine Stepp- und Schlafdecken gratis

und franko. 3788L\*

Steppdecken- Emil Lefèvre,

Fabrik Berlin S., Oranienstraße 158.

Roh-Tabak Sumatra-Deck-

blatt v. 140 Pf.

an, Java- Um-

blatt u. Einlage v. 90 Pf. an, Carmen-

Umblatt v. 100 Pf. an, sowie sämtl.

anderen Sorten. 4035L\*

G. Elkhuyzen,

Alte Schönhauserstr. 5.

## Arbeitsmarkt.

Ein sehr tüchtiger

Monogramm-Papierpräger

oder Prägerin, d. auch kolorieren

kann, wird für ein feines Papier-

geschäft in Berlin ges. Dauernde

Stellung — sehr hoher Lohn.

Nur erste Kraft gewünscht.

Offerten unter A. B. an die

Exped. d. Bl. 3595b

## Plätterinnen

auf Servietten, Manschetten, Ser-

viettens und Hemden finden dauernde

und reichlichen Beschäftigung bei

Heinrich Buchholz u. Komp.,

Friedrichstr. 81.

Goldflecken.

Tüchtige Vergolderinnen finden

dauernde und lohnende Beschäftigung

Königsstr. 109a. 3586b

Suche für meinen Sohn eine Barbier-

lehre. F. Albrecht, Gussitenstr. 23,

Hof part. rechts. 3592b

Einem kautionsfähigen Büffetier

verlangt Gäbler, Reinickendorf,

Provingstr. 50.

Für Steinmetzen!

Schrißhauer erhalten Arbeit bei

A. Jabel,

3580b Schönhauser Allee 163.

## Maschinen-Stickerinnen

finden lohnende Beschäftigung bei Becker,

Holzmarktstraße 3. 3578b

Eine alte deutsche Fener-Berf.-Gesell-

schaft sucht für Berlin u. die Provinz

thätige Haupt- u. Spezial-Agenten.

Hobe fortlaufende Bezüge event. auch

festes Gehalt werden zugesichert.

Offerten unter O. P. 2 nimmt die